

AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.
IDG-STATUS öffentlich
SIGNATUR **10 FINANZEN**
10.07 Voranschläge (Archiv Abt. III A. + B.)
BETRIFFT **Voranschlag 2017; Integrierter Aufgaben- und Finanzplan IAFP 2018-2022**
/ Substantielles Protokoll

[...]

- 2. Geschäft-Nr. 105/16**
Antrag des Stadtrates zur Genehmigung des Voranschlages 2017 mit Festsetzung des Steuerfusses sowie Kenntnisnahme vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2018/22

ANTRAG DES STADTRATES

Der Stadtrat unterbreitet mit Beschluss-Nr. 2016-151 dem Grossen Gemeinderat mittels Auszug aus dem stadträtlichen Protokoll vom 6. Oktober 2016 folgenden Antrag:

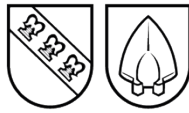
DER GROSSE GEMEINDERAT

-- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

- Der Voranschlag 2017 über die Aufwendungen und Erträge in der laufenden Rechnung sowie der Investitionsrechnung des Verwaltungs- und Finanzvermögens wird wie folgt genehmigt:

- Laufende Rechnung	Aufwand	Fr.	110'951'400
	Ertrag	Fr.	111'330'000
- Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	Ausgaben	Fr.	20'485'000
	Einnahmen	Fr.	868'300
- Investitionsrechnung Finanzvermögen	Ausgaben	Fr.	0
	Einnahmen	Fr.	180'000
- Der Steuerfuss wird für das Jahr 2017 auf 115 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.
- Der Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung von Fr. 378'600.- wird dem Eigenkapital gutgeschrieben.
- Gemäss § 8 Ziffer 2 der Gemeindeordnung ist das Referendum gegen diesen Beschluss ausgeschlossen.

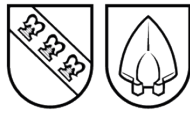


AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

5. Vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2018/22 wird Kenntnis genommen.
6. Mitteilung durch Protokollauszug an:
 - a. Stadtrat, zweifach
 - b. Abteilung Finanzen, dreifach
 - c. Abteilung Präsidiales, Ratssekretariat (dreifach)

Für die detaillierten Ausführungen und den exakten Wortlaut des Weisungstextes wird auf die umfangreichen, separaten Akten verwiesen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

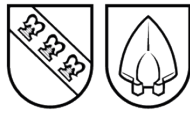
GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

1 PLENARDEBATTE 1.1 GRUNDLEGENDES

Der Ratspräsident schickt vor der Behandlung dieses Geschäftes einige grundlegende Informationen zum Ablauf voraus. Nebst den üblichen Formalitäten, wonach Anträge vor Abstimmung jeweils schriftlich der Sitzungsleitung auszuhändigen und bei Wortmeldungen Konto-Nr. und Seitenzahl gemäss des gedruckten Voranschlages zu erwähnen sind, erläutert der Präsident den vorgesehenen Fahrplan. Die Ratsmitglieder haben jeweils ein solches Exemplar ausgeteilt erhalten. Zudem wird die durch das Büro des Grossen Gemeinderates vorgesehene Reihenfolge der Behandlung des Voranschlages auf einer Sichtfolie im Sitzungssaal projiziert.

1.2 ZUM ABLAUF:

1	Vorwort Ratspräsident Grundsätzliches zum Ablauf	Richtwerte Redezeit
2	Eintretensdebatte Im Rahmen der Eintretensdebatte wird nur zum Voranschlag im Allgemeinen diskutiert. Die konkreten Anträge werden unter Punkt 4 ff. abgehandelt.	
2.1	Referat des Finanzvorstandes	15'
2.2	Referat des RPK-Präsidenten	15'
2.3	Voten RPK-Mitglieder zum Eintreten	5'
2.4	Voten Ratsmitglieder zum Eintreten	5'
3	Abstimmung über Eintreten	
4	Detailberatung Laufende Rechnung / Anträge RPK Reihenfolge gemäss Abschied der Rechnungsprüfungskommission	
4.1	Anträge RPK (Mehr- und Minderheitsanträge)	2' – 3'
4.2	Allfällige weitere Mitglieder RPK zu den (Mehr- und Minderheits-Anträgen RPK	2' – 3'
4.3	Weitere Mitglieder GGR zu den Anträgen RPK	2' – 3'
4.4	Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zu den Anträgen RPK	2' – 3'
4.5	Abstimmung zu den Anträgen der RPK	2' – 3'
4.6	Allfällige weitere Anträge übriger Mitglieder GGR zu jenen Positionen, zu denen die RPK Anträge gestellt hat.	2' – 3'
	Ausnahme: Antrag RPK 208.3320.00 Zusätzliche Abschreibungen;	
	Behandlung erfolgt nach Behandlung Ablaufpunkt 6; Beratung Laufende Rechnung übriger Anträge	

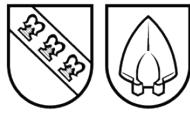


AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

5	Detailberatung Investitionsrechnung / Anträge RPK Reihenfolge gemäss Abschied der Rechnungsprüfungskommission	
5.1	Anträge RPK (Mehr- und Minderheitsanträge)	2' – 3'
5.2	Allfällige weitere Mitglieder RPK zu den (Mehr- und Minderheits-Anträgen RPK	2' – 3'
5.3	Weitere Mitglieder GGR zu den Anträgen RPK	2' – 3'
5.4	Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zu den Anträgen RPK	2' – 3'
5.5	Abstimmung zu den Anträgen der RPK	2' – 3'
5.6	Allfällige weitere Anträge übriger Mitglieder GGR zu jenen Positionen, zu denen die RPK Anträge gestellt hat	2' – 3'
6	Beratung der Laufenden Rechnung / mögliche übrige Anträge Anfrage nach Einzelanträgen – falls sehr zahlreich vorhanden Behandlung pro Ressort und Kontogruppe; Institutionelle Gliederung ab Seite 6 des gedruckten Voranschlages Bei wenigen, vereinzelt Anträgen: Freies Wortbegehren	
6.1	Mitglieder GGR	2' – 3'
6.2	Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zu den Anträgen	2' – 3'
6.3	Abstimmung zu den Anträgen der RPK	2' – 3'
	Behandlung von RPK-Antrag zur Position 208.3320.00 Zusätzliche Abschreibungen	
7	Beratung der Investitionsrechnung durch das Plenum Anfrage nach Einzelanträgen – falls sehr zahlreich vorhanden Behandlung pro Ressort und Kontogruppe; Institutionelle Gliederung ab Seite 6 des gedruckten Voranschlages	
7.1	Bei wenigen, vereinzelt Anträgen:	2' – 3'
7.2	Freies Wortbegehren	2' – 3'
7.3	Mitglieder GGR Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zu den Anträgen Abstimmung zu den Anträgen	2' – 3'
8	Beratung der Abschreibungstabelle Seiten 69/70	
9	Beratung der Verpflichtungskreditkontrolle ab Seite 72 Die durch die RPK beantragten S-Kredite wurden bei Behandlung der Investitionsrechnung abgewickelt; es bedarf hierzu keiner weiteren separaten bzw. redundanten Abstimmungen. Allfällig beschlossene Änderungen werden im Teil der Verpflichtungskreditkontrolle redaktionell nachgeführt. An dieser Stelle sollen neue Anträge aus dem Plenum behandelt wer-	



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

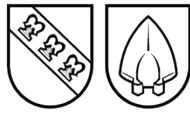
	den.	
9.1	Mitglieder GGR	2' – 3'
9.2	Stellungnahme jeweiliger Stadtrat zu den Anträgen	2' – 3'
9.3	Abstimmung zu den Anträgen	2' – 3'
10	Zwischenabstimmung zum Voranschlag Dispositiv-Ziffer 1 des stadträtlichen Antrages	
11	Diskussion zum Steuerfuss	
11.1	Antrag RPK-Mehrheit / Antrag RPK-Minderheit	2' – 3'
11.2	Weitere Mitglieder RPK	2' – 3'
11.3	Wortmeldungen Mitglieder GGR	2' – 3'
11.4	Stellungnahme Stadtrat	2' – 3'
12	Zwischenabstimmung zur Festsetzung des Steuerfusses Dispositiv-Ziffer 2 des stadträtlichen Antrages	
13	Kenntnisnahme IAFP Allfällige Diskussion	
14	Zwischenabstimmung zur Kenntnisnahme des IAFP Dispositiv-Ziffer 5 des stadträtlichen Antrages	
15	Schlussabstimmung zu den Ziffern 1-6 des stadträtlichen Antrages inklusive aller vorgenommenen Änderungen	

Im Besonderen sei erwähnt, dass in die nun folgende Eintretensdebatte nur Raum für Grundsätzliches und für Aspekte zur Sache bietet. Konkrete Anträge können zwar angemeldet, aber erst in der jeweiligen Detailberatung gestellt werden.

Nach Eintretensbeschluss folgt die Detailberatung nachfolgend dargelegtem Prinzip:

Die Detailberatung der Laufenden Rechnung (und im Anschluss folgend gleich jene der Investitionsrechnung) beginnt mit der Behandlung der durch die Rechnungsprüfungskommission formulierten Anträge (Reihenfolge gemäss deren Abschied). Über die Kommissionsanträge wird hernach abgestimmt (Ablaufpunkte 4 und 5).

In einem weiteren Durchlauf können weitere Einzel-, Partikular- oder Fraktionsanträge durch die Ratsmitglieder vorgebracht werden, wobei die weitere Beratung der Laufenden und hernach der Investitionsrechnung seiten- und Kontogruppenweise erfolgt (Ablaufpunkte 6 und 7).



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

1.3 REDEZEITEN

Art. 35 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates regelt die Redezeiten. Das Ratsbüro hat im vorliegenden Fahrplan marginale Kürzungen dieser Regelzeiten vorgenommen und bittet, diese einzuhalten. Nur dann gelingt es, die Diskussionen straff und nicht ausufernd zu führen.

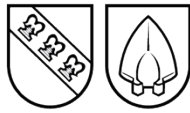
1.4 ABSTIMMUNGEN

Abstimmungen erfolgen gemäss Art. 45 ff. der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderates. Insbesondere sei auf das Vorgehen für den Fall hingewiesen, sollten zu einer Sache oder Position mehr als zwei gleichrangige Änderungsanträge vorliegen. Art. 48 der neuen Geschäftsordnung regelt die diesbezügliche Handhabung wie folgt:

Art. 48	<p>¹ Liegen mehr als zwei gleichgeordnete Änderungs- oder Hauptanträge vor, werden sie nebeneinander zur Abstimmung gebracht, wobei jedes Ratsmitglied nur für einen Antrag stimmen kann. Der Antrag mit den wenigsten Stimmen scheidet aus. Das Verfahren wird wiederholt, bis nur noch ein Antrag verbleibt.</p> <p>² Über einen verbleibenden Hauptantrag wird gemäss Abs. 3 abgestimmt.</p> <p>³ Ein Antrag gilt als angenommen, wenn er mehr zustimmende als ablehnende Stimmen auf sich vereinigt.</p>	Gleichgeordnete Anträge
---------	---	-------------------------

Der Ratspräsident bittet um Kenntnisnahme, wonach diese Regelung mit Revision der Geschäftsordnung aufgrund des Nachvollzugs des übergeordneten Gesetzes über die politischen Rechte GPR neu in dieser Form angewendet werden muss.

Der Ratspräsident erkundigt sich beim Plenum, ob dieses zum erläuterten Vorgehen Wortmeldungen wünscht. Dem Schweigen des Ratskörpers ist zu entnehmen, dass das Vorgehen somit auf allgemeine Akzeptanz stösst.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

2 EINTRETENSDEBATTE 2.1 REFERAT DES FINANZVORSTANDES

Stadtrat Philipp Wespi, JLIE, gibt zu Händen des Kollegiums die wesentlichen Bestandteile und Fakten zum Voranschlag 2017 wieder.

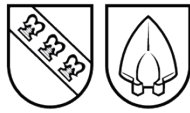
Für sein Referat bedient sich Stadtrat Wespi zur Illustration seiner Ausführungen einer visuellen Projektion, welche sich im Anhang zu diesem Protokoll findet. Zusammenfassend gewährt er einen Überblick über die Eckdaten und die wichtigsten Kennzahlen.

	V2017	V2016	ABW. ZU VA16
Ressourcenausgleich	18.2	19.0	-0.8
Aufwand (-) / Ertragsüberschuss (+)	+0.4	+0.4	-
Entn.(-) / Einl.(+) Vorfinanzierung	0	+1.0	-1.0
Abschreibungen ord. (ohne SF)	7.4	6.9	+0.5
Abschreibungen zus. (ohne SF)	0.4	0.7	-0.3
Investitionen VV (netto ohne SF)	14.1	7.7	+6.4
Cashflow = Selbstfinanzierung	8.2	8.5	-0.3
Selbstfinanzierungsgrad (in %)	58%	110%	-52%

Zu den übrigen Kennzahlen und finanztechnischen Details wird auf die umfangreiche Antragsschrift des Stadtrates verwiesen.

Stadtrat Wespi zieht folgendes Résumé:

- Div. (v.a. gebundene) Mehraufwände können durch Mehreinnahmen (Steuern, Mietzins AZB) kompensiert werden.
- Wachstum der gebundenen Mehraufwände können noch mit wachsenden Einnahmen aufgefangen werden.
- Cashflow mit 8.2 Mio. innerhalb Zielband (7 – 10 Mio.).
- Investitionsreiches Jahr: Selbstfinanzierungsgrad < 100% (58%).
- SPARPAKET2017: Zahlen vollumfänglich eingeflossen (auch IAFP)
- IAFP: Einnahmen müssen weiterhin wachsen, um gebundenes Ausgabenwachstum (Sozialhilfe, Zusatzleistungen, Pflegefinanzierung) kompensieren zu können.
- IAFP: Lü16 und USR III noch nicht eingeflossen



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

2.2 REFERAT DES RPK-PRÄSIDENTEN

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP, präsentiert in dessen Funktion als Präsident der Rechnungsprüfungskommission die Beurteilung der Sachlage aus deren Blickwinkel. Das nachfolgende Referat wird anhand einer visuellen Projektion untermalt; die Unterlage befindet sich im Anhang zu diesem Protokoll.

A. VORANSCHLAG 2017 (FOLIE 1)

Mit dem Voranschlag 2017 und einem budgetierten Überschuss von Fr. 380'000.- sei nicht nur der Stadtrat, sondern auch die Rechnungsprüfungskommission insgesamt zufrieden. Mit dem dritten aufeinanderfolgenden Plus für das nächste Budgetjahr erfülle der Stadtrat die Forderung nach schwarzen Zahlen.

Sämtliche wichtige Informationen, wie es zu diesem Budgetplus gekommen ist, habe der Finanzvorstand in seinen Ausführungen bereits sehr verständlich hergeleitet. Dem sei von Seite des Kommissionspräsidenten her nichts beizufügen. Er zieht es vor, seinem Referat eine Analyse zum Zustand der städtischen Finanzen zu Grunde zu legen. Um sich dazu einen klaren Blick zu verschaffen, bedarf es eines konzentrierten Blickes auf die zentrale Finanzkennzahlen.

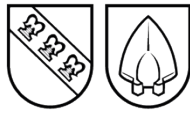
B. FINANZKENNZAHLEN UND FINANZPOLITISCHE STANDORTBESTIMMUNG (FOLIE 2FF.)

Die in den Saal projizierte Tabelle legt dar, wie sich verschiedene zentrale finanzielle Schlüsselkennzahlen über die letzten bald 15 Jahre entwickelt haben. Die veranschaulichten Zahlen anno 2002, 2006 und 2010 weisen auf die dazumalige Situation des Finanzhaushaltes zu Beginn der jeweiligen Legislatur hin.

1. VERSCHULDUNG UND INVESTITIONSPOLITIK

Als Erstes sei die langfristige Entwicklung der Verschuldung in Erinnerung gerufen:

- Im Jahre 2002 sei Illnau-Effretikon mit 22 Millionen Franken verschuldet gewesen. Diese Schuldenlast erreichte 2014, also zu Beginn dieser Legislatur, einen Höchststand von 57 Millionen. Per Ende 2015 konnten diese langfristigen Schulden erfreulicherweise auf 52 Millionen reduziert werden. Jetzt möge sogar nochmals ein weiterer Schuldenabbau möglich werden, so dass die langfristigen Schulden per Anfang 2017 noch 45 Millionen betragen. Dies entspricht jenem Schuldenstand, wie er im auch auf Niveau im Jahre 2010 ausgewiesen wurde.
- Durch die stark gewachsene Verschuldung in den letzten bald 15 Jahren hat sich das Nettovermögen pro Einwohner/in von Fr. 2'053.- im Jahre 2002 zu einer Nettoverschuldung pro Einwohner/in von über Fr. 1'000.- im Jahr 2015 verwandelt. Im Vergleich mit anderen Gemeinden im Kanton Zürich sei dies eine überdurchschnittlich hohe Nettoverschuldung pro Kopf.
- Eine Verschuldung im Umfang von Fr. 45 Mio. per Anfang 2017 sei für die Stadt zur Zeit vor allem deshalb finanziell gut tragbar, da man gegenwärtig von historisch tiefen Schuldzinssätzen profitieren könne, die wohl in diesem Ausmass nicht zu erwarten waren. Würde heute noch eine ähnliche Zinnsituation wie anno 2006 bestehen (als die Stimmberechtigten über die Erweiterung des Alterszentrums Bruggwiesen abgestimmt haben) oder 2011 (als sich das Stimmvolk zur Sportzentrumsvorlage an der Urne geäußert habe), dann läge die aktuelle Schuldzinsenlast nicht bei blossen rund Fr. 700'000.- und damit rund 2 Steuerprozenten, sondern läge um mehrere Steuerprozent



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

markant höher. Oder anders ausgedrückt: Hätte die Stadt in den letzten Jahren an der Schuldzinsfront nicht eine glückliche Hand geführt, dann würde sich das heutige Budget bei gleichbleibendem Steuerfuss von 115 % nicht schwarz, sondern klar rot präsentieren.

In Kenntnis der Verschuldungssituation und in Erwartung mittelfristig wieder steigender Schuldzinsen seien nun sämtliche Parlamentarierinnen und Parlamentarier gefordert, sich zu überlegen, welches für die nächsten Jahre die beste, sprich nachhaltig tragfähige Investitionspolitik für die Stadt sei.

2. STEUERERTRÄGE UND STEUERFUSSPOLITIK

Die Suche nach einer nachhaltig tragfähigen Investitionspolitik und damit verbunden eine mutige Triage zwischen notwendigen und wünschbaren Investitionen sei jedoch nicht die einzige Herausforderung, welche die Stadt Jahr für Jahr zu meistern hätte. Ebenso gefordert werden die politischen Institutionen auch bei der Suche nach der besten Steuerfusspolitik sein. Der Rat gestattet dem Kommissionsreferenten in diesem Zusammenhang ein paar eindrückliche, den einen oder anderen möglicherweise überraschende Zahlen zur Entwicklung der Steuereinnahmen in den letzten bald 15 Jahren:

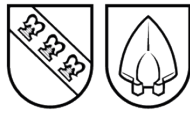
- Zwischen 2002 und 2015 seien die Steuereinnahmen von Illnau-Effretikon – notabene bei stabilem Steuerfuss, dafür bei einer leicht verbesserten Steuerkraft der Bevölkerung – von rund 31 Millionen um Fr. 7.5 Mio. auf Fr. 38.5 Mio. angewachsen. Dies entspreche einem Ertragswachstum von fast 25 %. Apropos: Die Ausgaben seien im gleichen Zeitraum mit Fr. 31 Mio. deutlich stärker gestiegen, nämlich von Fr. 78.5 Mio. Franken im Jahre 2002 auf Fr. 109.5 Mio. im Jahre 2015. Dies entspreche einem Ausgabenwachstum von 40 %. Also: 25 % steuerliches Ertragswachstum und 40 % Ausgabenwachstum in den letzten bald 15 Jahren.
- Zurück zu den Steuererträgen: Besonders markant und kontinuierlich gestiegen seien bei den ordentlichen Erträgen aus Steuern die Steuereinnahmen der juristischen Personen. Allein seit 2008, also seit dem Volksentscheid zur Unternehmenssteuerreform II, hätten sich die Steuereinnahmen von den der in Illnau-Effretikon steuerpflichtigen Firmen – notabene entgegen aller damaligen Prognosen und Schreckensszenarien – gut und gerne verdoppelt. Und dies sei nicht nur in Illnau-Effretikon so, sondern auch in vielen anderen Gemeinden der Fall.
- Aber nicht nur die ordentlichen Steuereinnahmen von Privaten und Firmen hätten sich in den letzten Jahren deutlich erhöht, sondern auch die städtischen Erträge aus Grundstückgewinnsteuern. Hätten diese Einnahmen vor 10 Jahren noch bei rund Fr. 2.5 Mio. gelegen, so rechne der Stadtrat für dieses und nächstes Jahr mit Fr. 5 Mio.

Niemand wisse mit Sicherheit, was die mittelfristige Zukunft auch angesichts der anstehenden Unternehmenssteuerreform III bringen werde. Gleichzeitig würden es die düsteren Finanzprognosen des Stadtrates schwierig gestalten, für das kommende Jahr 2017 einen allseits akzeptierten und getragenen Steuerfuss-Entscheid zu fällen.

3. FINANZAUSGLEICH SOWIE AUSGABENPOLITIK

Das letzte Thema des Käppeli'schen Vortrages wird der Thematik des Finanzausgleiches zu Teil:

- Seit der Ablösung des Steuerkraftausgleiches durch den Ressourcenausgleich im Jahre 2012 käme die Stadt Illnau-Effretikon in Genuss von massiv höheren Geldern aus dem kantonalen Finanzausgleich.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

- Heute stamme jeder fünfte Franken, den wir ausgeben, von anderen, finanzstarken Gemeinden. Dieser Anteil sei hoch und mache die Stadt finanzpolitisch stark abhängig von anderen.

Diese starke Abhängigkeit von anderen, so denkt Kommissionspräsident Käppeli, sollte das Ratsplenum bei all seinen ausgabenpolitischen Entscheiden immer wieder vor Augen führen. Man könne sich nicht darauf verlassen, wonach die Stadt auch in Zukunft Jahr für Jahr rund 20 % der Ausgaben mit Geldern aus dem Finanzausgleich decken könne. Käppeli macht beliebt, sich gut zu überlegen, wie diese Abhängigkeit langfristig reduziert werden kann. Mit der zur Diskussion stehenden Revision der Ortsplanung und der damit einhergehenden Siedlungspolitik möge man hierfür wichtige Weichen stellen.

C. ABSCHLUSS

Die Anträge der Rechnungsprüfungskommission zum Voranschlag 2017 seien nun allseits bekannt. Die diesjährige Vielfalt der Anträge bringe nicht zuletzt die verschiedenen Haltungen zur Investitions-, Steuerfuss- und Ausgabenpolitik zutreffend zum Ausdruck.

Zwischenzeitlich teilt der Ratspräsident mit, wonach das Plenum nun in Vollzähligkeit anwesend sei; mittlerweile seien auch um 18.25 Uhr die Mitglieder Christian Hiltbrunner, SVP, und um 18.50 Uhr auch die Parlamentarier Matthias Müller, CVP, und Urs Gut, GP, dem Plenum hinzugestossen. Stimmberechtigt sind abzüglich des Präsidenten 35 Personen; die Zahl des absoluten Mehres liegt bei 18.

2.2 VOTEN WEITERER MITGLIEDER RPK 2.2.1 GEMEINDERAT ADRIAN KINDLIMANN, SP

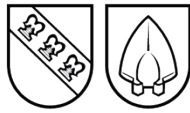
Gemeinderat Adrian Kindlimann, SP, ergänzt bzw. korrigiert den vorredenden Kommissionsreferenten, wonach in den Bereichen der Pflegefinanzierung und der Ergänzungsleistungen auch übergeordnete Gesetzgebungen auf den städtischen Finanzhaushalt einwirken und die Stadt hinsichtlich dieser Themen über keinen Handlungsspielraum verfügt.

Metaphorisch gesprochen sei die Zitrone ausgepresst; auch der Finanzvorstand habe sich jüngst unter Anführung dieses Gleichnisses dazu in den Medien vernehmen lassen.

Das durch den Stadtrat im Sommer 2014 geschnürte Sparpaket habe seine Wirkung nicht verfehlt; mit Vorlage des Budgets 2017 weise der städtische Haushalt nun einen Ertragsüberschuss aus.

Die Leistungsüberprüfung sei hart er- und umkämpft worden; Kindlimann erinnert an namhafte Kürzungen wie sie beispielsweise mit den Saläranpassungen, den gekürzten Beiträgen an das städtische Kulturforum, den reduzierten Geldern für die Partnergemeinden, den plafonierten Beiträgen an die Entwicklungshilfeprojekte und Einschränkungen bzw. .Abstrichen zu Lasten der Integrationsprogramme erfolgt sind.

Mit entsprechend vollzogenen Tarifierhöhungen bei den durch die Kindertagesstätten, dem Tagesfamilienverein und den Mittagstischen erhobenen Betreuungstaxen seien mitunter auch jungen Familien das Geld aus der Tasche gezogen worden. Auch die Erhöhung der Ansätze zur Teilnahme am Pro-



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

gramm der Hauswirtschaftskurse oder Berufswahlschule beschlagen die Betroffenen zu ihrem Nachteil. Von der Anhebung der Eintrittspreise zum Sportzentrum Effretikon ganz zu schweigen.

Diese Rückschritte seien jungen ökologischen denkenden Familien nicht zu erklären; erst recht dann nicht, wenn die Stadt von Erhöhungen der Parkgebühren absehe.

Das Sparpaket erweise sich als höchst unsolidarisch, wenn es auch aus Sicht des Stadtrates seinen Zweck auf höchst zweifelhafte effektive Weise erzielt habe.

Hanebüchen zu taxieren sei im Weiteren, wonach aus gewissen bürgerlichen Kreisen Forderungen laut würden, wonach ein allfälliger Überschuss nicht zum Abbau von Rückzahlungen von Schulden, sondern zur Senkung des Steuerfuss verwendet werden sollen. Da fehle es doch an Verstand, Verantwortungsgefühl und Weitsicht. Die SP-Fraktion unterstütze den stadträtlichen Voranschlag im Grundsatz. Im Übrigen setze sie sich für die Vornahme weiterer Abschreibungen ein.

2.2.2 GEMEINDERAT RENÉ TRUNINGER, SVP

Gemeinderat René Truninger, SVP, möchte an dieser Stelle nicht schwarz malen, fühle sich aber verpflichtet, an dieser Stelle auf problematische Fakten, die sich in finanzieller Hinsicht am Horizont abzeichnen, aufmerksam zu machen.

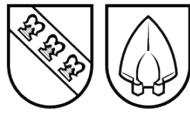
Stichworte dazu liefert Gemeinderat Truninger mit der Erwähnung der Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform III, der Leistungsüberprüfung 2016 der kantonalen Verwaltung und der Investitionen in die städtischen Infrastrukturbauten.

Gemeinderat Truninger wendet sich an Ratskollege David Gavin, SP, welcher die Vertreter in einer kürzlichen Äusserung als Parteisoldaten titulierte bzw. angeprangert habe. Offenbar habe Kollege Gavin keine grosse Ahnung von den Inhalten der kantonalen Leistungsüberprüfung; denn diese fusse auf einem Verfassungs- bzw. Gesetzesauftrag. Die kantonale Erfolgsrechnung des Kantons Zürich müsse über einen Zeitraum von 8 Jahren ausgeglichen sein, ansonsten die kantonale Schuldenbremse greife. Würde der Kantonsrat nun einzelne Massnahmen der Leistungsüberprüfung streichen, so wären subsidiär Ersatzmassnahmen an die Hand zu nehmen; solche hätten die Genossen der Sozialdemokratischen Partei kürzlich im Kantonsparlament geschlossen abgelehnt. So fungieren folglich auch Sozialdemokraten als Parteisoldaten.

Die Auswirkungen der kantonalen Leistungsüberprüfung werde die Stadt Illnau-Effretikon unweigerlich zu spüren bekommen – und auch jene der Unternehmenssteuerreform III, wozu zwar noch ein Entscheid der Stimmberechtigten ausstehe, sie aber von jenen sicherlich gutgeheissen werde, da die grossen Parteien bekanntlich allesamt dahinter stünden.

Zwischenruf von Gemeinderat Adrian Kindlimann, SP, der Sprechende möge sich zur Sache des Voranschlags 2016 äussern.

Gemeinderat Truninger zitiert die finanzpolitischen Zielsetzungen der hiesigen Ortsparteien, welche diese auch anlässlich der Wahlen stets zu portieren wussten. So äussere sich die FDP in einem Positionspapier weitgehend dahin, wonach „...mittelfristig der Haushaltsausgleich ohne Erhöhungen des



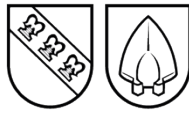
AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

Steuerfusses oder Gebührenerhöhungen zu erreichen...“ sei. „Das Steuersubstrat soll erhöht werden, indem die Steuerbelastung für private Haushalte bei Einkommen und Vermögen gesenkt werden.“

Bei andere liberale Parteien, die sich zwar für Pflanzen und „Tierli“ einzusetzen wissen, fände man dazu wenig Stichhaltiges. In einem Nebensatz erwähne die GLP, wonach sie mit Respekt gegenüber den Finanzen zu politisieren gedenke.

Das Stadtparlament möge in der nun folgenden Beratung Rückgrat zeigen, Entscheide mit Weitsicht fällen und den Gürtel enger schnallen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

3 ABSTIMMUNG ÜBER EINTRETEN

Der Ratspräsident fragt den Grossen Gemeinderat an, ob nach der gewalteten Eintretensdebatte die weitere Behandlung des Geschäftes bestritten sei. Der Ratspräsident stellt fest, dass das Gremium ohne Gegenvotum auf das Geschäft mit grossem Mehr eintritt.

4 BERATUNG DER KÜRZUNGSANTRÄGE DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION LAUFENDE RECHNUNG

In Umsetzung des durch den Rat eingangs gutgeheissenen Vorgehens, wonach die Behandlungsreihenfolge nun die Beratung der durch die Rechnungsprüfungskommission gestellten Kürzungsanträge vorsieht, leitet der Ratspräsident die entsprechende Detailberatung ein.

Eine RPK-Minderheit beantragt in der Regel grossmehrheitlich folgende Änderungsanträge zur Laufenden Rechnung des Voranschlages 2017:

LAUFENDE RECHNUNG KONTOGRUPPE 100 PRÄSIDIALES 163 – ZENTRALER PERSONALDIENST

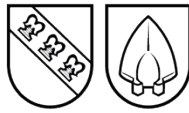
4.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION 4.1.1 KOMMISSIONSMINDERHEIT

Kommissionsmitglied René Truninger, SVP, vertritt den durch eine Minderheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
163.3010.10	Pauschalbetrag für Saläranspassungen (inkl. Sozialleistungen)	100'000	60'000

Eine RPK-Minderheit beantragt, dass 2017 für Fördermassnahmen und Einmalzulagen bei ausgewählten Mitarbeitenden wie bereits im Vorjahr ein Betrag von Fr. 60'000.- zur Verfügung stehen soll.

Fr. 60'000.- entspricht ~ 0.4 % der Lohnsumme, was angesichts der Negativsteuerung für individuelle Lohnerhöhungen ausreichen soll. Zum Vergleich: Der Bund gewährt für 2017 keine generelle Lohnerhöhung und der Kanton Zürich sieht ebenfalls 0.4 % der Lohnsumme vor.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

4.1.2 KOMMISSIONSMEHRHEIT

Referent: Gemeinderat Andreas Hasler, GLP

Eine RPK-Mehrheit empfiehlt dem Antrag des Stadtrates zu folgen und damit für Saläranpassungen einen Pauschalbetrag von Fr. 100'000.- zu budgetieren. Fr. 75'000.- für individuelle Lohnerhöhungen (~ 0.5 % der Lohnsumme) plus Fr. 25'000.- für Einmalprämien wären beim dritten schwarzen Budget nacheinander ein positives Zeichen auch gegenüber den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung.

4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK 4.2.1 GEMEINDERAT MARKUS ANNAHEIM, SP

Gemeinderat Markus Annaheim, SP, unterstützt namens der angeschlossenen Fraktion den stadträtlichen Antrag, welcher auch durch von einer Kommissionsmehrheit gutgeheissen wird. Dafür würden drei Gründe sprechen. So seien die Mitarbeitenden zentraler Erfolgsfaktor für jede Unternehmung. Das seitens der Mitarbeitenden an den Tag gelegte Engagement, deren Motivation und Disziplin hätten die Grundlage dafür geboten, dass die Rechnungen in den vergangenen Jahren mit guten Resultaten geschlossen hätten. Wertschätzung könne eben nicht, wie gemeinhin behauptet, mit lediglich einem Handschlag bei Kaffee und Kuchen ausgedrückt werden; auch handfeste monetäre Zeichen der Anerkennung honorieren verdient gemachte Leistungen. Die Höhe des Lohnens nehme doch ihre berechnigte Stellung ein.

Die Stadtverwaltung möchte sich weiterhin als attraktive Arbeitgeberin mit adäquater Lohnstruktur präsentieren. Die Tiefe Fluktuationsrate sei Garant für Stabilität und sichere das vorhandene Wissen; zudem tragen motivierte Mitarbeitende dazu bei, Prozesse fortlaufend und effektiv zu verbessern.

Können sich Arbeitnehmende erst einmal lohnmassig nicht mehr entwickeln, so werden sie sich früher oder später anderweitig orientieren, was der Stadt und deren Finanzhaushalt nicht dienlich sei.

Das schweizerische Lohnniveau steige im nächsten Jahr zwischen 0.5 und 0.6 %. Im Speziellen weise der öffentliche Sektor im aktuellen Jahr ein Anstieg der Löhne um 0.7 % aus; die Stadt Illnau-Effretikon stelle sich folglich weit dahinter an.

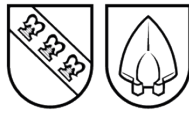
4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Der Stadtpräsident begrüsst insbesondere das städtische Personal, welches sich vereinzelt auf der Tribüne eingefunden hat, um den Sitzungsverlauf zu verfolgen.

Der Stadtrat legt Wert auf anerkennende Wertschätzung und Zuwendung gegenüber des städtischen Personals, welches auch im sich zu Ende neigenden Jahr hervorragende Arbeit geleistet habe, was zu gezielten Saläranpassungen berechnigte.

Die Stadt Illnau-Effretikon möchte weiterhin als attraktive Arbeitgeberin auftreten und dies auch weiterhin tun können. Eine gute wertschätzende Betriebskultur könne nur aufrechterhalten bleiben, wenn sich die Stadt die Dienste der besten Mitarbeitenden auf dem Markt zu sichern vermag.

Zudem hinke der Vergleich mit der Bundes- bzw. kantonalen Lohnpolitik; Gewinne aus Personalrotationen gehen dort zu Gunsten des Personaletats, was finanzielle Grundlagen für individuelle Lohnerhö-



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

hungen schafft, während sie bei der Stadt Illnau-Effretikon der allgemeinen Rechnung gut geschrieben würden.

Zur von der durch die Kommissionsminderheit ins Argumentationsfeld geführten zusätzlichen fünften Ferienwoche führt Stadtpräsident Ueli Müller aus, wonach lediglich deren zwei reine Tage verbleiben; da die anderen drei Tage durch Brückentage bzw. Personalausflug dahin fielen und nun den Ferienanspruchsaldi zugeschlagen wurden; sie folglich darin untergegangen sind.

4.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.

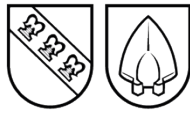
4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag des Stadtrates und der Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG STADTRAT	RESULTAT
163.3010.10	Pauschalbetrag für Saläranpassungen (inkl. Sozialleistungen)	100'000	Grossmehrheitliche Unterstützung



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

LAUFENDE RECHNUNG KONTOGRUPPE 100 PRÄSIDIALES 185 – WIRTSCHAFT/ENTWICKLUNG

- 4.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION
4.1.1 KOMMISSIONSMINDERHEIT

Kommissionsmitglied Peter Wohlgensinger, SVP, vertritt den durch eine Minderheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
185.3640.00	Partnerschaften Inland	55'000	25'000

Für eine RPK-Minderheit ist es jetzt, nach dem Zusammenschluss von vier Gemeinden zu einer politischen Gemeinde Calanca (ehemals Arvigo-Landarenca), der passende Zeitpunkt, die Zahlungen an diese Partnergemeinde von Illnau-Effretikon zu reduzieren. Sie beantragt deshalb für 2017 ein reduziertes Budget von Fr. 25'000.-.

- 4.1.2 KOMMISSIONSMEHRHEIT

Referent: Gemeinderat Stefan Hafen, SP

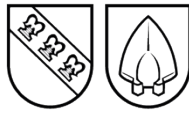
Eine RPK-Mehrheit empfiehlt dem Antrag des Stadtrates aus einer Gesamtbetrachtung im Zusammenhang mit dem stadträtlichen Spar- und Gebührenpaket 2017 zu folgen (s.a. nachfolgender Änderungsantrag).

- 4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

- 4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadtpräsident Ueli Müller, SP, führt aus, wonach bereits das Sparpaket Kürzungen bei besagter Position mit sich brachte. Die Kommissionsminderheit mache beliebt, den verbleibenden Betrag nochmals um mehr als die Hälfte zu reduzieren. Die bereits seit 45 Jahren bestehende Partnerschaft habe sich bewährt; selbstverständlich seien die finanziellen Lasten ungleich verteilt. Die Stadt Illnau-Effretikon fungiere in erster Linie als Geldgeberin, erhalte dazu aber Möglichkeiten zur Horizonterweiterung und Wertschätzung aus jener Gegend zurück. Für die Gemeinde Calanca sei der willkommene Zustupf aus Illnau-Effretikon von substanzieller Bedeutung, leiste diese Zahlung doch einen wertvollen Beitrag beispielsweise zu Gunsten der Sanierungsarbeiten der Alp Stapveder. Während der Betrag für die Stadt Illnau-Effretikon von vertretbarer Grösse sei, vermöge er bei der Gemeinde Calanca ein Vielfaches zu bewirken; jene Gemeinde sei nämlich nach dem Zusammenschluss vierer bereits zuvor armen Gemeinden finanziell nicht plötzlich besser gestellt. Der Fusionsvorgang bringe wenig bzw. keine Einsparungen. Der Stadtpräsident ersuche, die fragliche Budgetposition im Voranschlag nicht zu kürzen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

4.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.

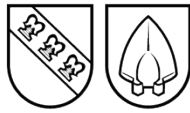
4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag des Stadtrates und der Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG STADTRAT	RESULTAT
185.3640.00	Partnerschaften Inland	55'000	Grossmehrheitliche Unterstützung



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

LAUFENDE RECHNUNG KONTOGRUPPE 100 PRÄSIDIALES **185 – WIRTSCHAFT/ENTWICKLUNG**

4.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION 4.1.1 KOMMISSIONSMINDERHEIT

Kommissionsmitglied Andreas Hasler, GLP, vertritt den durch eine Minderheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
185.3670.00	Entwicklungsprojekte	55'000	70'000

Eine RPK-Minderheit beantragt, sich mit demselben Betrag wie die Kirche an den Entwicklungsprojekten zugunsten der wirklich armen Weltregionen zu beteiligen.

4.1.2 KOMMISSIONSMEHRHEIT

Referent: Kommissionspräsident Michael Käppeli, FDP

Eine RPK-Mehrheit empfiehlt dem Antrag des Stadtrates aus einer Gesamtbetrachtung im Zusammenhang mit dem stadträtlichen Spar- und Gebührenpaket 2017 zu folgen (s.a. vorheriger Änderungsantrag).

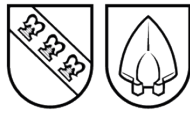
4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK 4.2.1 GEMEINDERÄTIN BRIGITTE RÖÖSLI, SP

Gemeinderätin Brigitte Röösl, SP, macht auf die Not in der Welt aufmerksam. Die Urheber des Mehrheitsantrages vertreten auch sonst gemeinhin die Position, wonach sich auf der Flucht befindenden Personen dort bleiben vermögen, wo sie seien, um die anfallenden Asylkosten zu sparen. Die Schweiz entfalte in diesem Kontext die Wirkung eines Magnetes, da sie den Ruf genießt, reich und wohlhabend zu sein. Das Kreuz im Schweizer Wappen vertrete christliche Werte; es entspreche einer langen helvetischen Tradition in der Historie, armen Leuten mit Barmherzigkeit entgegenzutreten. Auch die Schweiz sei einst von Armut geprägt gewesen; dies habe man aus dem kollektiven Gedächtnis gestrichen und vergessen. Es käme einer glücklichen Fügung des Schicksals gleich, dass man von den Wirren des zweiten Weltkrieges damals verschont geblieben sei.

4.2.1 GEMEINDERAT DANIEL HARI, EVP

Gemeinderat Daniel Hari, EVP, meint, wonach es ungerechtfertigt sei, für die inländische Unterstützung einen höheren Geldbetrag vorzusehen als für das Ausland. Schliesslich sei das Gebiet des Auslandes ja von beträchtlich ausgeprägteren Dimensionen.

Gelächter im Ratssaal.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

Angesichts des Unheils in der Welt sei die Schweiz ein Ort, wo es den Menschen gut erginge; man möge deshalb jene, mit denen es das Schicksal nicht so gut meine, in die Barmherzigkeit einschliessen und sie am Solidaritätsgedanken teilhaben lassen.

4.2.2 GEMEINDERAT MICHAEL KÄPPELI, FDP

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP, wird der Erhöhung dieser Position an dieser Stelle nicht zustimmen. Allerdings macht aber beliebt bei der Position der Entschädigung des Grossen Gemeinderates, Konto-Nr. 100.3000.00 den eingestellten Betrag zu kürzen, damit der freiwerdende Betrag in Form einer Spende der Entwicklungshilfe zugeschlagen werden könne.

Der eben gestellten Antrag ist als unzulässig zu erklären; den Mitgliedern des Grossen Gemeinderates steht nach den Bestimmungen der städtischen Verordnung über die Entschädigung der Behörden ein Entgelt für deren parlamentarische Tätigkeit zu, dessen Ausrichtung nicht über einen Änderungsantrag anlässlich der Debatte zum Voranschlag ausgesetzt oder angepasst werden kann. Es steht den Mitgliedern des Plenums im Rahmen ihrer persönlichen Verfügungsgewalt selbstverständlich frei, inwiefern sie die ausgerichtete Entschädigung einzusetzen gedenken.

4.2.3 GEMEINDERAT CHRISTIAN HILTBRUNNER, SVP

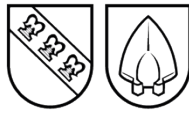
Gemeinderat Christian Hiltbrunner, SVP, dankt für die noblen und ehrenvollen Voten. Es gelte bei aller Solidaritätsgedanken aber auch zu bedenken, dass die Pflege karikativ wirkender Auslandsbeziehungen Sache des Bundes sei und solche durch ihn bzw. des DEZA, Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit zu unterhalten und zu koordinieren seien; verfüge die zuständige Direktion doch auch über einen Betrag von Fr. 2.2 Mia. aus dem Bundeshaushalt. Die Gemeinden hätten seitens des Bundes genügend andere Aufgaben zur Wahrnehmung delegiert erhalten, wo sie sich mit ihren eigenen finanziellen Mitteln mit grossen Herausforderungen konfrontiert sehen.

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

4.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

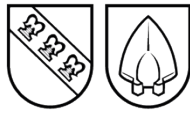
4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag des Stadtrates bzw. der Kommissionsmehrheit der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG STADTRAT	RESULTAT
185.3670.00	Entwicklungsprojekte	55'000	20:14



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

LAUFENDE RECHNUNG KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU 400 – ABTEILUNG HOCHBAU

4.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION 4.1.1 KOMMISSIONSMINDERHEIT

Kommissionsmitglied Christian Hiltbrunner, SVP, vertritt den durch eine Minderheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
400.3181.20	Energieplanung	20'000	10'000

Die Rezertifizierung der Stadt Illnau-Effretikon als Energiestadt sei innerhalb der RPK unbestritten. Ebenfalls einig sei sich die RPK, dass diese Rezertifizierung mit dem Energiestadt-Label mit den bestehenden Kompetenzen und Ressourcen in der Stadtverwaltung vorbereitet und keine zusätzlichen externen Beratungskosten auslösen soll (für die Energieberatung sind bereits wie in den Vorjahren im Konto 400.3181.30 Fr. 50'000.- budgetiert).

Eine RPK-Minderheit beantragt nun lediglich Fr. 10'000.- zu budgetieren, da gemäss Website von energiestadt.ch eine Rezertifizierung zwischen Fr. 8'000.- bis Fr. 12'000.- kosten soll.

4.1.2 KOMMISSIONSMEHRHEIT

Referent: Gemeinderat Andreas Hasler, GLP

Eine RPK-Mehrheit empfiehlt den Budgetbetrag so wie vom Stadtrat beantragt zu belassen. Der Stadtrat rechnet mit Kosten von Fr. 12'000.- bis Fr. 16'000.- für die Rezertifizierung.

4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

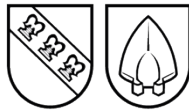
Keine bedeutsamen Wortmeldungen.

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, Ressort Hochbau, ersucht um Aufrechterhaltung der vorgesehenen Budgetposition, da die Stadt Illnau-Effretikon bestrebt sei, auch weiterhin als Energiestadt aufzutreten.

4.4 WEITERE DISKUSSION

Gemeinderat Peter Vollenweider, BDP, bringt im Sinne eines Kompromisses einen dritten Antrag ein, wonach die Budgetposition auf Fr. 15'000.- festzulegen sei.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

4.5 BEREINIGUNGS- UND ABSTIMMUNGSVERFAHREN

Der Ratspräsident mehrt in der Folge – und gestützt auf Art. 48 GeschO GGR – die nun bestehenden Anträge über Höhe der einzusetzenden Budgetpositionen von Fr. 10'000.- (RPK-Minderheit), Fr. 15'000.- (Antrag Vollenweider) und Fr. 20'000.- (Antrag Stadtrat) gegeneinander aus.

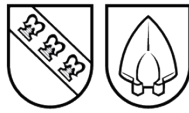
Der Antrag Vollenweider vermag keine offensichtliche Mehrheit auf sich zu vereinen und fällt daher im weiteren Verlauf ausser Betracht.

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag des Stadtrates bzw. der Kommissionsmehrheit –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG STADTRAT	RESULTAT
400.3181.20	Energieplanung	20'000	Grossmehrheitliche Unterstützung



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

LAUFENDE RECHNUNG KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU 420 – LIEGENSCHAFTEN VERWALTUNGSVERMÖGEN

4.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Kommissionspräsident Michael Käppeli FDP, vertritt den mit Einstimmigkeit zustande gekommenen Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
420.3140.70	Baulicher Unterhalt Alterszentrum (AZB)	175'000	195'000

Die RPK beantragt einstimmig, dass für den baulichen Unterhalt des AZB ein Betrag von Fr. 195'000.- budgetiert werden soll. Dieser Betrag entspricht 0.5 % des Gebäudewerts (zum Vergleich: Im Vorjahr wurde für das erst gerade erweiterte und komplett erneuerte AZB mit 0.3 % des Gebäudewerts gerechnet).

HINWEIS:

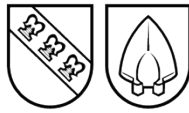
Im Rahmen der Vorberatungen schlug der Stadtrat der RPK auf entsprechende Nachfrage vor, den Budgetposten auf Fr. 275'000.- zu erhöhen. Dieser Betrag entspräche 0.7 % des Gebäudewerts.

4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK 4.2.1 GEMEINDERAT ANDRÉ BÜECHELER, SVP

Gemeinderat Andy Büecheler, SVP, kritisiert das Vorgehen der Rechnungsprüfungskommission, wonach sie – in Anwendung eines sehr operativ geprägten Gebarens – nun Anträge zu Sachverhalten stelle, die sich seit dem Zeitpunkt durch Budgetverabschiedung seitens des Stadtrates bis zur Budgetberatung im Legislativplenum ergeben bzw. verändert haben. Die korrigierenden Eingriffe der Rechnungsprüfungskommission seien systemwidrig und stünden einer funktionierenden Parlamentsgemeinde nicht an.

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, Ressort Hochbau, legt dar, wie der Antrag der Rechnungsprüfungskommission zu Stande gekommen sei und betont wiederholt die Wichtigkeit der Durchführung von Unterhaltsarbeiten. Dabei kommt zum Ausdruck, wonach das Plenum allenfalls die Bedeutsamkeit der Werterhaltung der städtischen Liegenschaften verkenne und der Stadtrat ohnehin, ungeachtet dessen, was das Parlament letztendlich beschliesse, seine Strategie weiterverfolge.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

4.4 WEITERE DISKUSSION

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP, kann den kritischen Votengehalt des Stadtrates nicht einordnen; die Rechnungsprüfungskommission stelle ja letztlich einen einstimmigen Antrag zur Erhöhung des Budgetetats. Damit trage das Parlament seiner strategischen Verantwortung gegenüber der Liegenschaft gebührend Rechnung.

Stadtrat FÜRST versucht, buchhalterisch abzuleiten, wonach die Erhöhung des Budgetetats zu wenig gross dimensioniert sei und im eigentlichen Sinne noch höher auszufallen hätte.

Unruhe im Plenarambiente.

Den spürbaren Groll des Plenums – zufolge Unruhe und Zwischengemurmel in den Reihen des Parlamentes deutlich wahrnehmbar – zieht Stadtrat Mathias Ottiger, SVP, Ressort Gesundheit, auf sich, als dieser in offensichtlicher Verkennung der Situation beginnt, den Kommissionantrag zu noch zusätzlich zu torpedieren.

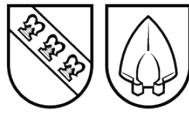
4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den einstimmigen Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG RPK	RESULTAT
420.3140.70	Baulicher Unterhalt Alterszentrum (AZB)	195'000	Grossmehrheitliche Unterstützung



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

LAUFENDE RECHNUNG KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU 420 – LIEGENSCHAFTEN VERWALTUNGSVERMÖGEN

- 4.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION
4.1.1 KOMMISSIONSMINDERHEIT

Kommissionsmitglied Markus Hürzeler, CVP, vertritt den durch eine Minderheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
420.3156.00	Unterhalt von Maschinen und Geräten (Liegenschaften Verwaltungsvermögen)	62'000	45'000

Eine RPK-Minderheit beantragt einen Budgetbetrag von Fr. 45'000.-. Dieser Betrag würde gemäss Auskunft des Stadtrates auf eine entsprechende RPK-Frage hin dem 5-Jahres-Durchschnitt entsprechen.

- 4.1.2 KOMMISSIONSMEHRHEIT

Referent Gemeinderat Peter Wohlgensinger, SVP

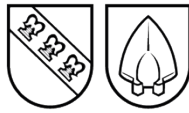
Eine RPK-Mehrheit empfiehlt dem Antrag des Stadtrates zu folgen, damit der Unterhalt der Maschinen und Geräte nicht vernachlässigt wird.

- 4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK
4.2.1 GEMEINDERÄTIN BRIGITTE RÖÖSLI, SP

Gemeinderätin Brigitte Röösl, SP, unterstützt namens der angeschlossenen Fraktion den Mehrheitsantrag und verurteilt die über die gesamte Debatte verstreuten Anträge der Kommissionsminderheiten, da sich diese, auf das Gesamtbudget betrachtet, letztlich als nicht zielführend erweisen, auch wenn sie allenfalls zumindest teilweise auch ihre Berechtigung geniessen. Der Grosse Gemeinderat verkomme dabei aber dazu, sich in Einzelheiten einzubringen bzw. einzumischen, wo seine Haltung gar nicht gefragt sei. Brigitte Röösl spricht dem Stadtrat das Vertrauen aus, denn er wisse, wie er Gelder zur Erfüllung von Aufgaben einzusetzen habe. Es sei beschämend festzustellen, wonach das Stadtparlament die Verwaltung mit seinen Entscheiden dahingehend einschränke, gute Dienstleistungen zu Gunsten der Öffentlichkeit zu erbringen.

- 4.2.2 GEMEINDERAT THOMAS HILDEBRAND, FDP

Gemeinderat Thomas Hildebrand, FDP, unterstützt den Antrag der Kommissionsminderheit und tut kund, dass er die Basis des „Fünfjahres-Durchschnittes“ als angemessen betrachte.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, Ressort Hochbau, betont die zu Grunde liegende Bedeutsamkeit des Budgetpostens, welcher der Stadtrat mit Fr. 62'000.- vorsehe. Er ersucht das Plenum, den Minderheitsantrag der Rechnungsprüfungskommission abzulehnen.

4.4 WEITERE DISKUSSION

Gemeinderat Andreas Hasler, GLP, ortet eine Diskrepanz in der Argumentationskette des Stadtrates. Wenn dieser auf Nachfrage der Rechnungsprüfungskommission Durchschnittskosten von Fr. 45'000.- prognostiziere, so gäbe es keinen Grund, im Voranschlag höhere Aufwendungen einzustellen.

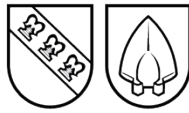
4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Mehr-/Minderheit der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG STADTRAT	RESULTAT
420.3156.00	Unterhalt von Maschinen und Geräten (Liegenschaftlichen Verwaltungsvermögen)	62'000	20:15



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

LAUFENDE RECHNUNG KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU 420 – LIEGENSCHAFTEN VERWALTUNGSVERMÖGEN

4.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Kommissionspräsident Michael Käppeli FDP, vertritt den mit Einstimmigkeit zustande gekommenen Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
420.4270.70	Mietzins AZB	2'600'000	2'754'000
420.4270.71	Mietzins AZB Dritte	19'000	0
420.3520.10	Kostenanteil Lindau AZB	- 412'000	- 434'000

BEGRÜNDUNG:

Die RPK beantragt einstimmig, die Budgetpositionen integral so anzupassen, damit sie nun der Antwort des Stadtrates auf die Interpellation „AZB-Eignerstrategie“ (vgl. GGR-Geschäft-Nr. 081/16; Interpellation Michael Käppeli, FDP; Andreas Hasler, GLP; und Brigitte Rösli, SP, betreffend AZB-Eignerstrategie) entsprechen. Die beantragten Beträge für eine vollkostendeckende Miete stimmen 1:1 mit der Rückmeldung des Stadtrats auf die entsprechende RPK-Frage überein.

Zur Kritik von Gemeinderat Buecheler hält Kommissionspräsident Käppeli fest, wonach bei während der Beratungsphase substanziell eintretenden Veränderungen gegenüber der beantragten Version die Kommission sehr wohl dazu autorisiert sein, in ihren Anträgen die korrekte Abbildung im Voranschlag anzulegen. Mindestens gehe das Verfahren auf Bundes- und Kantonebene in dieser Weise von staten.

HINWEIS:

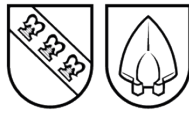
Im Konto 420.4270.70 sind gemäss neuem Budgetantrag die Auswärtigenzuschläge in der Höhe von Fr. 200'000.- dazugerechnet. Dies ist aus RPK-Sicht nicht sachgerecht und sorgt für Intransparenz. Die RPK stösst sich grossmehrheitlich daran, will die Sache aber nicht innerhalb der Budgetberatung, sondern erneut in einer separaten AZB-Debatte diskutieren.

4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine bedeutsame Wortmeldung seitens des zuständigen Stadtrates Reinhard Fürst, SVP, Ressort Hochbau.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

4.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.

4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

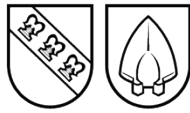
Die Abstimmung erfolgt aufgrund der zu Grunde liegenden Abhängigkeiten in globo.

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den einstimmigen Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND; ANTRAG RPK	RESULTAT
420.4270.70	Mietzins AZB	2'754'000	Grossmehrheitliche Unterstützung
420.4270.71	Mietzins AZB Dritte	0	
420.3520.10	Kostenanteil Lindau AZB	- 434'000	



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

LAUFENDE RECHNUNG KONTOGRUPPE 600 SOZIALES **628 – FURSORGEWESEN**

4.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION 4.1.1 KOMMISSIONSMEHRHEIT

Kommissionsmitglied René Truninger, SVP, vertritt den durch eine Mehrheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
628.3182.00	Bekämpfung Sozialmissbrauch	5'000	10'000

Eine RPK-Mehrheit beantragt eine Verdoppelung des Betrages. Derzeit, so die Antwort des Stadtrates auf eine entsprechende RPK-Frage, hat die Stadt die Möglichkeit, zwei bis drei Fälle pro Jahr zu beobachten. Durch das überwiesene Postulat „Spielraum in der Sozialhilfe nutzen“ (GGR-Geschäft-Nr. 098/16; Postulat René Truninger, SVP, und Mitunterzeichnende, betreffend Spielraum in der Sozialhilfe nutzen) soll ein Schwerpunkt des Stadtrates bei der Bekämpfung des Sozialhilfemissbrauchs liegen. Mit einer Verdoppelung des Betrages könnten neu rund vier bis sechs Fälle pro Jahr überprüft werden.

4.1.2 KOMMISSIONSMINDERHEIT

Referent: Gemeinderat Adrian Kindlimann, SP

Eine RPK-Minderheit empfiehlt dem Budgetantrag des Stadtrates zu folgen, da notwendige Untersuchungen ohnehin durchgeführt würden.

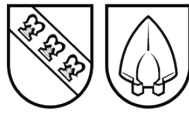
4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK 4.2.1 GEMEINDERAT ANDREAS HASLER, GLP

Für *Gemeinderat Andreas Hasler, GLP*, mutet die Begründung der Kommissionmehrheit fragwürdig an. Er spielt damit auf die sich ihm nicht erschliessende Logik an, wonach die Postulatsüberweisung Basis für eine gestiegene Zahl an Sozialhilfemissbrauchsfällen biete.

Gelächter im Saal.

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadtrat Samuel Wüst, SP, Ressort Soziales, gibt bekannt, wonach der Stadtrat bzw. die dafür kompetente Fürsorgebehörde selbstverständlich auch Fr. 10'000.- im entsprechenden Budgetposten akzeptieren; allerdings werde die Fürsorgebehörde ohnehin nur dann Geld für Überprüfungen ausgeben, wenn sie die Umstände dafür als gegeben betrachtet – unerheblich des zur Verfügung stehenden Etats.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

4.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.

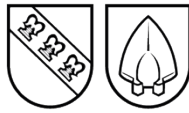
4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG RPK	RESULTAT
628.3182.00	Bekämpfung Sozialmissbrauch	10'000	Grossmehrheitliche Unterstützung



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

LAUFENDE RECHNUNG KONTOGRUPPE 800 SICHERHEIT **814 – STRASSENVERKEHR**

4.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION 4.1.1 KOMMISSIONSMEHRHEIT

Kommissionsmitglied Peter Wohlgensinger, SVP, vertritt den durch eine Mehrheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
814.3114.00	Anschaffung Parkuhren Eselriet	45'000	0

Eine RPK-Mehrheit beantragt die Streichung dieses Budgetpostens, da für die Parkplätze beim Sportzentrum Effretikon keine Parkuhren angeschafft werden sollen.

4.1.2 KOMMISSIONSMINDERHEIT

Sprecher: Gemeinderat Markus Hürzeler, CVP

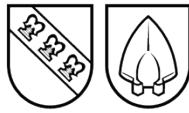
Eine RPK-Minderheit empfiehlt den Budgetposten so wie vom Stadtrat beantragt zu belassen. Eine separate Kreditvorlage zu diesem Geschäft ist pendent; sie befindet sich derzeit in Vorberatung bei der Geschäftsprüfungskommission (GGR-Geschäft-Nr. 102/16; Antrag des Stadtrates betreffend Implementierung einer Parkraumbewirtschaftung an der Sportplatzstrasse).

4.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK 4.2.1 GEMEINDERAT ANDREAS HASLER, GLP

Gemeinderat Andreas Hasler, GLP, appelliert, die parlamentarischen Prozesse und Institutionen zu wahren. Die Mehrheit der Rechnungsprüfungskommission missbilligt mit dem vorstehenden Kürzungsantrag die Arbeit ihrer Schwester-Kommission und möchte hier in politischer Unsitte einen Vorentscheid herbeiwirken bzw. gerade zu erzwingen. Das könne nicht angehen, weshalb Gemeinderat Hasler empfiehlt, den Antrag nicht zu unterstützen.

4.2.2 GEMEINDERAT ADRIAN KINDLIMANN; SP

Gemeinderat Adrian Kindlimann, SP, sekundiert dem Inhalt nach, was Vorredner, Ratskollege Hasler, bereits dargetan hat. Der Mehrheitsantrag sei als Affront und Anmassung zu taxieren. Es sei das Ergebnis der detaillierten Vorprüfung durch die Geschäftsprüfungskommission abzuwarten; hernach werde das Parlament dazu anlässlich der normalen und gängigen Geschäftsberatung dazu Beschluss fassen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR.

2016-1659

BESCHLUSS-NR.

4.2.3 GEMEINDERAT HANSJÖRG GERMANN, FDP

Gemeinderat Hansjörg Germann, FDP, meint, wonach sich – unabhängig des Entscheides, ob man nun Parkgebühren implementieren wolle oder nicht – etwelche Bezahlungsverfahren auch in anderer Art und Weise bewerkstelligen liessen. Daher könne auf die Anschaffungskosten ohnehin verzichtet werden.

4.2.4 GEMEINDERAT MARCO NUZZI, FDP

Gemeinderat Marco Nuzzi, FDP, erachtet die nun entstehende Diskussion und auch etwelche Beschlussfassungen im Rahmen dieser Budgetdebatte zur Gänze als irrelevant, da die Thematik im Rahmen des ordentlichen parlamentarischen Beratungsganges zum eingangs erwähnten Sachantrages des Stadtrates ohnehin erneut zur Sprache kommen werde.

4.2.5 GEMEINDERAT ERIK SCHMAUSSER, GLP

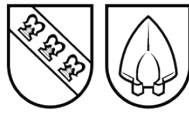
Gemeinderat Erik Schmausser, GLP, schliesst sich in seinem Votum inhaltlich seinen Vorrednern an und ersucht das Plenum, die parlamentarische Beratung bzw. Debatte zum separaten Antrag des Stadtrates, GGR-Geschäft-Nr. 102/16; Antrag des Stadtrates betreffend Implementierung einer Parkraumbewirtschaftung an der Sportplatzstrasse, abzuwarten und derweil den Budgetposten aufrechtzuerhalten.

4.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Auch *Stadträtin Salome Wyss, SP, Ressort Sicherheit*, verweist auf den separat vorliegenden Antrag des Stadtrates. Mitunter sei es gefährlich, das Mittel des Voranschlages auch in anderen Belangen dafür zu missbrauchen, etwelche politische Auseinandersetzungen ohne detaillierte Kenntnisse zur Sachlage vorab zu unterbinden, indem man in einem Vorentscheid bereits finanzielle Mittel entzieht. Man möge sich solcher Anfänge wehren.

4.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

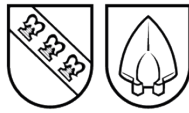
4.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Mehrheit Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG RPK	RESULTAT
814.3114.00	Anschaffung Parkuhren Eselriet	0	Grossmehrheitliche Unterstützung



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

LAUFENDE RECHNUNG KONTOGRUPPE 900 JUGEND UND SPORT **950 – SCHWIMMBAD UND KUNSTEISBAHN**

- 4.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION
- 4.1.1 KOMMISSIONSMINDERHEIT

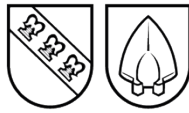
Der Sprechende der Kommissionminderheit zieht den nachfolgenden Antrag nach Rücksprachen und dabei gewonnenen Erkenntnissen zurück.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
950.3140.20	Unterhalt Fussballplätze	58'000	40'000

Weitere Diskussionen oder Abstimmungsvorgänge werden dazu in der Folge obsolet.

Der Ratspräsident macht beliebt, die Sitzung an dieser Stelle durch eine Pause zu unterbrechen, was auch im Sinne der in der gemeinderätlichen Geschäftsordnung festgehaltenen Bestimmung zur Durchführung von Doppelsitzungen empfohlen ist. Eine Abstimmung entfällt.

Die Verhandlungen werden um 20:25 Uhr für 10 Minuten (bis 20:35 Uhr) ausgesetzt.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

5. DETAILBERATUNG INVESTITIONSRECHNUNG

Die RPK unterbreitet dem Parlament aus ihrem Kreise verschiedene Änderungsanträge zur Investitionsrechnung (inkl. Verpflichtungskreditkontrolle) des Voranschlages 2017. In der Begründung wird dabei jeweils vermerkt, ob es sich um einen Mehrheits- oder Minderheitsantrag bzw. um einen einstimmigen RPK-Antrag handelt.

INVESTITIONSRECHNUNG

KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU

420 – LIEGENSCHAFTEN VERWALTUNGSVERMÖGEN

5.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

5.1.1 KOMMISSIONSMINDERHEIT

Kommissionsmitglied Christian Hiltbrunner, SVP, vertritt den durch eine Minderheit gestellten Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
420.5031.18	Stadthaus, diverse Bür Neubauten	100'000	0

Gemäss Auskunft des Stadtrates können 2017 unter diesem Budgetposten folgende Projekte Investitionsausgaben auslösen: Umnutzung/Neuvermietung Ladenlokal, Anpassungen Arbeitsplätze aufgrund Verwaltungsreorganisation 2018.

Eine RPK-Minderheit beantragt die Streichung dieses Budgetpostens. Es soll nicht jährlich ein Betrag von Fr. 100'000.- bis Fr. 150'000.- für Bür Neubauten im Stadthaus budgetiert werden. Bür Neubauten im Jahre 2017 aufgrund der Verwaltungsreorganisation 2018 werden als verfrüht erachtet.

5.1.2 KOMMISSIONSMEHRHEIT

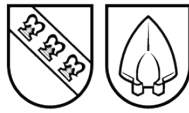
Referent: Stefan Hafen, SP

Eine RPK-Mehrheit empfiehlt den Budgetposten für allfällig notwendige Investitionsausgaben zur Umnutzung/Neuvermietung des Ladenlokals zu belassen.

5.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

5.2.1 GEMEINDERAT ANDRÉ BÜECHELER, SVP

Gemeinderat André Büecheler, SVP, gibt zu bedenken, dass den Positionen, die Aufnahme in der Investitionsrechnung finden, eine gewisse Systematik zu Grunde liegt, wonach sie über eine gewisse Zeit zu einem bestimmten Prozentsatz abgeschrieben würden. Im gegenteiligen Fall wären solche Vorhaben über die Laufende Rechnung abzuwickeln.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

Im konkreten Fall bestünde die latente Gefahr, dass Umbauten in der Investitionsrechnung abgebildet würden, die während der Dauer ihrer Wertigkeit bereits wieder bauliche Änderungen erfahren. In der Folge macht Gemeinderat Buecheler beliebt, den Posten aus der Investitionsrechnung zu streichen.

5.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, Ressort Hochbau, ersucht um Aufrechterhaltung der vorgesehenen Budgetposition.

5.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.

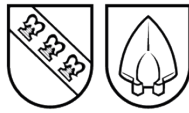
5.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Mehrheit Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG STADTRAT	RESULTAT
420.5031.18	Stadthaus, diverse Büroumbauten	100'000	Grossmehrheitliche Unterstützung



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

INVESTITIONSRECHNUNG KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU 420 – LIEGENSCHAFTEN VERWALTUNGSVERMÖGEN

5.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Kommissionspräsident Michael Käppeli, FDP, zieht in Kenntnis der nachfolgend dargelegten rechtlichen Situation den zunächst unterbreiteten Antrag der Rechnungsprüfungskommission zurück:

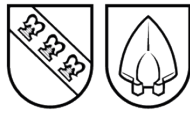
KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
420.5031.24	Stadthaus, Lüftungserneuerung Saal	150'000	S-Kredit

Gemäss der geltenden Gemeindeordnung und der Weisung für Ausgaben und Kredite liegt das Auslösen budgetierter, einmaliger von < Fr. 200'000.- in der Finanz-/Ausgabenkompetenz des Stadtrates.

Daraus ergibt sich:

- Das Parlament ist nicht befugt, dieses Investitionsvorhaben über Fr. 150'000.- mit einem Sperrvermerk (S-Kredit) zu belegen. Wird die Lüftungserneuerung im Stadthaus-Saal in die Investitionsrechnung des Voranschlags 2017 aufgenommen, ermächtigt das Parlament den Stadtrat zur Ausgabe der entsprechenden Geldmittel.
- Möglich ist bei diesem Investitionsvorhaben entweder Annahme des stadträtlichen Antrages (150'000.-) oder ein Antrag auf Streichung (0.-).

Weitere Diskussionen oder Abstimmungsvorgänge werden dazu in der Folge obsolet.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

INVESTITIONSRECHNUNG KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU 420 – LIEGENSCHAFTEN VERWALTUNGSVERMÖGEN

5.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Kommissionspräsident Michael Käppeli FDP, vertritt den mit Einstimmigkeit zustande gekommenen Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
420.5060.10	Stadthaus, Gebäudesteuerung Technik	50'000	S-Kredit

Das Vorhaben (im IAFP 2018 – 2022 sind dafür insgesamt Fr. 250'000.- eingestellt) wurde vom Parlament im Voranschlag 2016 gestrichen. Es handelt sich aus RPK-Sicht nicht um eine gebundene Ausgabe. Aus diesem Grunde erwartet die RPK, dass der Stadtrat dem Parlament einen separaten Verpflichtungskredit-Antrag vorlegt. Deshalb beantragt die RPK einstimmig einen Sperrvermerk (S-Kredit). Dies hat zur Folge, dass der Stadtrat erst dann zum Eingehen finanzieller Verpflichtungen für einen allfälligen Ersatz der Stadthaus-Gebäudesteuerung ermächtigt ist, wenn das Parlament die dazu notwendige Ermächtigung mittels Spezialbeschluss erteilt hat.

TECHNISCHER HINWEIS:

Folgt das Parlament dem RPK-Antrag, bei dieser Position einen Sperrvermerk (S-Kredit) zu setzen, so ist die Verpflichtungskredit-Kontrolltabelle auf Seite 73 in der Spalte ‚bewilligende Behörde‘ des entsprechenden Kontos wie folgt anzupassen: von GGR noch zu bewilligen.

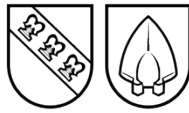
5.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

5.2.1 GEMEINDERAT BRIGITTE RÖÖSLI, SP

Gemeinderätin Brigitte Röösl, SP, habe in Vertretung eines anderen Kommissionsmitgliedes ihrer Fraktion seinerzeit zum einstimmigen Antrag der Rechnungsprüfungskommission beigetragen; sie habe aufgrund der gefallenen Voten entschieden, ihr Stimmverhalten zu ändern.

5.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, Ressort Hochbau, ersucht das Plenum, dem Stadtrat Vertrauen auszusprechen und die fragliche Position nicht mit einem Sperrvermerk zu belegen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

5.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.

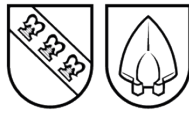
5.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den einstimmigen Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG RPK	RESULTAT
420.5060.10	Stadthaus, Gebäudesteuerung Technik	S-Kredit	Grossmehrheitliche Unterstützung



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

INVESTITIONSRECHNUNG KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU 420 – LIEGENSCHAFTEN VERWALTUNGSVERMÖGEN

5.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Kommissionspräsident Michael Käppeli FDP, vertritt den mit Einstimmigkeit zustande gekommenen Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
420.5031.52	Werkhof Sofortmassnahmen	75'000	0

Die RPK beantragt diese Anpassung einstimmig auf entsprechende Rückmeldung durch den Stadtrat; für 2017 ist gemäss Auskunft des Stadtrates nichts geplant.

5.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

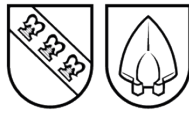
Keine Wortmeldungen.

5.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadtrat Reinhard Fürst, SVP, Ressort Hochbau, führt aus, wonach zunächst vorgesehene Reparaturen an den Toren des Unterhaltsgebäudes anderweitig behoben werden konnten und der einstweilen vorgesehene Budgetposten daher freigegeben werden kann.

5.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

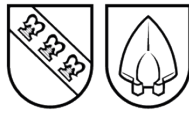
5.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den einstimmigen Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG RPK	RESULTAT
420.5031.52	Werkhof Sofortmassnahmen	0	Grossmehrheitliche Unterstützung



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

INVESTITIONSRECHNUNG KONTOGRUPPE 400 HOCHBAU **423 – LIEGENSCHAFTEN VERWALTUNGSVERMÖGEN SCHULE**

5.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Kommissionsreferent Andreas Hasler, GLP, vertritt den Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
423.5030.42	Gesamtrenovation Schulhaus Watt (Planung)	900'000	S-Kredit

Es ist in der RPK völlig unbestritten, dass die Gesamtanierung des Schulhauses Watt die nächste grosse zu bewilligende Investition sein muss. Gleichzeitig ist die RPK grossmehrheitlich der Ansicht, dass eine Investition in der Grössenordnung von Fr. 19 Millionen möglichst früh öffentlich diskutiert und damit breit abgestützt werden soll. Damit kann auch die Gefahr von Verzögerungen im späteren Projektverlauf und bei der Realisierung minimiert werden. Deshalb soll von Beginn an – also mit dem jetzt vom Stadtrat beantragten Projektierungskredit (im IAFP sind für diese Planung Fr. 1.4 Millionen und später dann für den Bau weitere Fr. 17.6 Millionen eingestellt) – das Parlament abgeholt und einbezogen werden. Die inhaltliche Diskussion soll nicht im Rahmen der Budgetdebatte, sondern im Rahmen einer separaten Verpflichtungskredit-Vorlage des Stadtrates ans Parlament geführt werden.

TECHNISCHER HINWEIS:

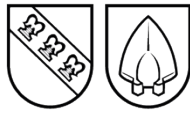
Folgt das Parlament dem RPK-Antrag, beim Projektierungskredit einen Sperrvermerk (S-Kredit) zu setzen, so ist die Verpflichtungskredit-Kontrolltabelle auf Seite 73 in der Spalte ‚bewilligende Behörde‘ des entsprechenden Kontos wie folgt anzupassen: von GGR noch zu bewilligen.

5.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK 5.2.1 GEMEINDERÄTIN KATHARINA MORF, FDP

Gemeinderätin Katharina Morf, FDP, führt aus, wonach sich die gesetzlichen Auflagen seit dem Bau der Schulanlage Watt massiv verschärft hätten. Die Erfüllung der aktuellen Auflagen hinsichtlich Brandschutz und Behindertengleichstellungsgesetz lassen keinen Aufschub oder zeitlichen Handlungsspielraum mehr zu. Die Haustechnik entspreche nicht mehr den heutigen Standards; deren Betriebstauglichkeit kann nur mit unverhältnismässigem Aufwand seitens der Hauswartungen noch aufrechterhalten werden.

Einer gut funktionierenden Schule seien die notwendigen betrieblichen Grundlagen zur Verfügung zu stellen; die Einrichtungen haben dabei verschiedenste Anforderungen zu erfüllen.

Gemeinderätin Morf betont, wonach es sich beim fraglichen Projekt um eine Sanierung und nicht etwa um einen Neubau handle.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

Da der schulische Betrieb nicht ohne Weiteres ausgesetzt werden könne, bedarf es einer stringenten Planung, die keinerlei Verzögerungen verkraftet; ein anlässlich der heutigen Debatte verhängter Sperrvermerk könne bereits eine erste Hürde darstellen und sei deshalb um jeden Preis zu verhindern.

Die FDP/JLIE-Fraktion lehne den Kommissionsantrag in der Folge grossmehrheitlich ab.

5.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Stadträtin Erika Klossner-Locher, FDP, Ressort Schule, knüpft an das Votum ihrer Vorrednerin an. Im Weiteren führt sie aus, wonach die Schulanlage Watt lediglich ein Projekt zur Sanierung im Sinne der Instandstellung und Werterhaltung städtischer Liegenschaften umschliesse. Mitnichten sei vorgesehen, neue Bestandteile zu planen. Die gesetzlichen Vorschriften diktiert Umfang und Gehalt der dringlich umzusetzenden Sanierungsarbeiten.

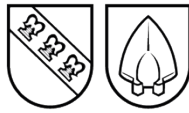
Die eingesetzte Projektgruppe kam zum Schluss, dass das erforderliche Raumprogramm in den heutigen Strukturen umgesetzt werden kann, ohne dass etwelche Zusatzbauten oder dergleichen erstellt werden müssten. Demnach gehe man zum gegenwärtigen Zeitpunkt davon aus, dass das Projekt seiner Sache nach zu über 90 % im Rahmen gebundener Ausgaben abgewickelt und vollzogen werden kann. Im Speziellen sei die zeitliche Dringlichkeit nicht von der Hand zu weisen.

Zur Aufrechterhaltung des Schulbetriebs muss auf eine andere Schulanlage ausgewichen werden können, welche während der Sanierungsphase genügend Unterrichtsräume bereitzustellen vermag; mitunter sah sich der Stadtrat in der Folge deshalb auch gezwungen, seine zeitliche Planung seit dem Jahr 2010 anders zu staffeln und hatte deshalb den Neubau bei der Schulanlage Hagen, Illnau, vorgezogen. Die steigenden Schülerzahlen geben zudem den Takt zur Projektrealisierung vor.

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt liesse der Stand der Arbeiten noch keine abschliessende Beurteilung der Kostenfolgen und deren Kategorisierung nach gebundenen und neuen Ausgaben zu; Schadstoffuntersuchungen und weiter Einzel- und Detailabklärungen seien nach wie vor im Gang.

Erika Klossner-Locher kann das Anliegen nach Transparenz nachvollziehen und wird die mit dem Projekt verbundenen Prozesse selbstverständlich darlegen; allerdings gelte es auch, zu akzeptieren, wonach keinerlei Spielraum zur Sache bestünde.

Wenn der Grosse Gemeinderat suggestiere, eine etwelche Vorlage aufgrund derer ausgewiesenen Berechtigung ohnehin nicht abzulehnen, mute auch dieser Vorgang bei allem guten Willen dennoch merkwürdig und etwas wie eine Farce an. Dieser Umstand gibt Hinweise darauf, weshalb dieser Prozessschritt nicht in jedem Fall sinnvoll scheint.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

5.4 WEITERE DISKUSSION 5.4.1 GEMEINDERÄTIN BRIGITTE RÖÖSLI, SP

Gemeinderätin Brigitte Röösl, SP, schliesst sich den Vorrednerinnen Morf und Klossner-Locher an. Sie habe im Übrigen in der Rechnungsprüfungskommission die Minderheitsmeinung abgedeckt.

5.4.2 GEMEINDERAT DAVID ZIMMERMANN, EVP

Gemeinderat David Zimmermann, EVP, möchte bildlich gesprochen nicht als „Bremsklotz“ auf die Sache einwirken und wird deshalb den Kommissionantrag nicht zum Durchbruch verhelfen.

5.4.3 GEMEINDERAT ANDREAS HASLER, GLP

Gemeinderat Andreas Hasler, GLP, möchte zum zeitlichen Aspekt ergänzen, wonach ein Objektkredit selbst dann noch im August 2018 beraten werden könne, wenn der Stadtrat die entsprechenden Genehmigungsinstanzen vorgängig aus freien Stücken anruft. Mit Beratung des Projektierungskredites durch den Grossen Gemeinderat werde dem Vorhaben die bestmögliche politische Abstützung zuteil.

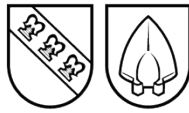
5.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG STADTRAT	RESULTAT
423.5030.42	Gesamtrenovation Schulhaus Watt (Planung)	900'000	19:15



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

INVESTITIONSRECHNUNG KONTOGRUPPE 500 TIEFBAU 571 – KANALISATIONEN

5.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Kommissionspräsident Michael Käppeli FDP, vertritt den mit Einstimmigkeit zustande gekommenen Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
571.5011.01	Versickerungsbecken Schoren	2'000'000	1'400'000

Die RPK beantragt diese Anpassung einstimmig auf entsprechende Rückmeldung durch den Stadtrat; für 2017 sind gemäss Auskunft des Stadtrates nicht Fr. 2 Millionen, sondern Fr. 1.4 Millionen zu budgetieren (dafür dann wohl höhere Investitionsausgaben im Voranschlag 2018).

HINWEIS:

Das Vorhaben, das der Stadtrat als gebundene Ausgabe deklariert (vgl. Verpflichtungskredit-Kontrolltabelle, S. 77), ist seit 2001 geplant. Seither wurde das Vorhaben, das kein alltägliches Bauprojekt ist, vom Stadtrat wiederholt nach hinten verschoben. Das Versickerungsbecken benötigt gemäss Auskunft des Stadtrates, da es in Landwirtschaftsgebiet zu liegen kommen soll, sehr viele Bewilligungen. Das Parlament hat über dieses Investitionsprojekt (im IAFP sind dafür Fr. 3.5 Millionen eingestellt) bereits wiederholt diskutiert, zuletzt an der Budgetdebatte 2013.

5.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK 5.2.1 GEMEINDERAT ANDRÉ BÜCHELER, SVP

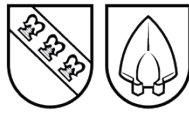
Gemeinderat André Büecheler, SVP, kündigt an, sich bei den nachfolgenden Anträgen der Stimme zu enthalten. Die Kommissionsanträge beschlagen spezialfinanzierte Bereiche, deren Gesetzmässigkeiten eine operative Einmischung des Parlamentes nicht rechtfertigen.

5.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

5.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

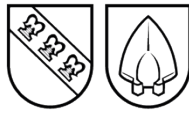
5.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG RPK	RESULTAT
571.5011.01	Versickerungsbecken Schoren	1'400'000	Grossmehrheitliche Unterstützung



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

INVESTITIONSRECHNUNG KONTOGRUPPE 500 TIEFBAU 571 – KANALISATIONEN

Der Ratspräsident gibt bekannt, wonach Gemeinderat Andreas Hasler, GLP, zur Beratung des nachfolgenden Antrages zu Konto. Nr. 571.5011.49 gestützt auf Art. 44 GeschO GGR in den Ausstand tritt.

5.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Kommissionspräsident Michael Käppeli, FDP, vertritt den Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
571.5011.49	Neubau Eindolung Giessenbach	300'000	S-Kredit

Der Giessenbach befindet sich zu grossen Teilen in einem wenig beeinträchtigten bis natürlichen Zustand. Der Stadtrat plant nun einen eingedolten Abschnitt zu sanieren und wieder einzudolen, obwohl das Gewässerschutzgesetz vorsieht, dass eingedolte Gewässer im Sanierungsfall offen gebaut werden müssen. Der Stadtrat legt dar, dass aus Tiefbau-Sicht eine Offenlegung dieses Bachabschnittes in so steilem Gelände nicht sinnvoll sei.

Es soll ausserhalb der Budgetdebatte geprüft und diskutiert werden, ob der Bach statt wiedereingedolt (Absicht Stadtrat) neu offen geführt werden kann und so in einem weiteren Abschnitt naturnah wird. Deshalb beantragt eine RPK-Mehrheit einen Sperrvermerk für dieses Investitionsvorhaben.

TECHNISCHER HINWEIS:

Folgt das Parlament dem RPK-Antrag, bei dieser Position einen Sperrvermerk (S-Kredit) zu setzen, so ist die Verpflichtungskredit-Kontrolltabelle auf Seite 79 in der Spalte ‚bewilligende Behörde‘ des entsprechenden Kontos wie folgt anzupassen: von GGR noch zu bewilligen.

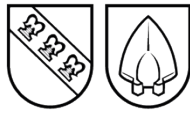
5.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

5.2.1 GEMEINDERAT RENÉ TRUNINGER, SVP

Gemeinderat René Truninger, SVP, ersucht das Plenum, die fragliche Position nicht mit einem Sperrvermerk zu versehen; der Stadtrat möge sie Sache nochmals vertieft beurteilen.

5.2.2 GEMEINDERÄTIN BRIGITTE RÖÖSLI, SP

Gemeinderätin Brigitte Röösl, SP, sieht die Stunde gekommen, wo sie mit Gemeinderat René Truninger einer Meinung sei. Sie ersucht den Rat ein entsprechendes Stimmgebaren an den Tag zu legen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

5.2.2 GEMEINDERAT MICHAEL KÄPPELI, FDP

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP, beruft sich auf die geltenden Bestimmungen der Gemeindeordnung; neue Ausgaben über Fr. 200'000.- bedürfen der Genehmigung des Grossen Gemeinderates, weshalb zur Sache im engeren Sinne kein Beurteilungsspielraum besteht.

5.2.3 GEMEINDERAT ERIK SCHMAUSSER, GLP

Gemeinderat Erik Schmausser, GLP, sieht die Voraussetzungen erfüllt, wonach zu dieser Sache Klärungsbedarf und die Pflicht des Stadtrates bestünde, dem Parlament die Gegebenheiten in einer Vorlage zum Beschluss zu unterbreiten.

5.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

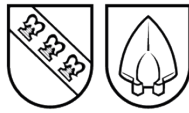
Auch *Stadtrat Urs Weiss, SVP, Ressort Tiefbau*, sieht sich gegenüber den Bestimmungen der Gemeindeordnung ebenso verpflichtet, wie dies das Parlament gemeinhin für sich alleine in Anspruch nehme.

Der Stadtrat sieht zeitlich, örtlich und sachlich keinen Handlungsspielraum und taxiert die erforderlich einzusetzenden finanziellen Aufwendungen zum Neubau der Eindolung des Giessenbaches gestützt auf die anwendbaren Bestimmungen des Gemeindegesetzes als gebundene Ausgaben.

Stadtrat Weiss greift zur besseren Illustration auf eine bildliche Plandarstellung der örtlichen Gegebenheiten zurück. Im Detail erklärt Stadtrat Weiss den Gewässerverlauf und bezeichnet bzw. verortet die fraglichen Abschnitte, die Gegenstand der aktuellen Beratung sind. Der Giessenbach umfliesst den Stadtteil Ottikon und unterquert den Weiler bei der Kyburgstrasse; an jener Stelle sei Gefahr in Verzug, da die Strasse abzusacken bzw. einzubrechen drohe. Nächstes Jahr ordnen Stadtrat bzw. die dafür zuständige Abteilung Tiefbau den Ergriff von Notmassnahmen an.

Zusätzliche Komplexität bestünde im Ersatz von Fruchtfolgeflächen, was bei einer Offenlegung in Reichweite des Bachperimeters ebenso zu berücksichtigen sei; im Weiteren bildet die Nähe bzw. die direkte Betroffenheit einer Strasse mit hohem Verkehrsaufkommen ein weiteres Quantum an Reibungspotenzial. Zu Gunsten der Verkehrssicherheit könne die Stadt hier keinen zeitlichen Aufschub dulden bzw. etwelche Kosten zur Wiederherstellung allgemein konformer Verhältnisse scheuen.

Das kantonale Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft habe aufgrund der besonderen Verhältnisse zudem eine Ausnahmegewilligung zur im Sinne des Stadtrates auszuführenden Variante in Aussicht gestellt; ferner beteilige sich die Baudirektion des Kantons Zürich an den zu Buche schlagenden Kosten.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

- 5.4 WEITERE DISKUSSION
- 5.4.1 GEMEINDERAT MARCO NUZZI, FDP

Gemeinderat Marco Nuzzi, FDP, sieht sich trotz Empfehlung der Rechnungsprüfungskommission und dem offenen Interpretationsspielraum frei, einen Plenarbeschluss zu fällen. Die FDP/JLIE-Fraktion werde dem stadträtlichen Antrag mit grossem Mehr folgen.

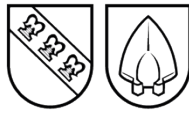
-
- 5.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG STADTRAT	RESULTAT
571.5011.49	Neubau Eindolung Giessenbach	300'000	Grossmehrheitliche Unterstützung



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

INVESTITIONSRECHNUNG KONTOGRUPPE 500 TIEFBAU 571 – KANALISATIONEN

5.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Kommissionspräsident Michael Käppeli FDP, vertritt den mit Einstimmigkeit zustande gekommenen Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
571.5011.45	Ersatz Meteor Kanal Brüttenerstrasse, Effretikon	0	600'000

Die RPK beantragt diese Anpassung einstimmig aufgrund einer entsprechenden Rückmeldung des Stadtrates. Der Ersatz des Meteorkanals konnte gemäss Auskunft des Stadtrates 2016 nicht wie geplant realisiert werden, sondern soll nun als gebundene Ausgabe im Jahre 2017 erfolgen.

5.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

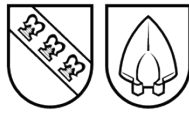
Keine Wortmeldungen.

5.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

5.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

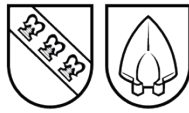
5.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG RPK	RESULTAT
571.5011.45	Ersatz Meteor Kanal Brüttenerstrasse, Effretikon	600'000	Grossmehrheitliche Unterstützung



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

INVESTITIONSRECHNUNG KONTOGRUPPE 500 TIEFBAU 573 – SCHLAMMENTWÄSSERUNGSANLAGE

5.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Kommissionspräsident Michael Käppeli FDP, vertritt den mit Einstimmigkeit zustande gekommenen Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
573.5060.00	Ersatz Dekanter	0	300'000

Die RPK beantragt diese Anpassung einstimmig aufgrund einer entsprechenden Rückmeldung des Stadtrates. Der Ersatz des Dekaners konnte gemäss Auskunft des Stadtrates 2016 nicht wie geplant realisiert werden, sondern soll nun als gebundene Ausgabe im Jahre 2017 erfolgen.

5.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK

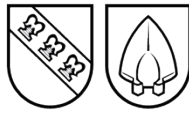
Keine Wortmeldungen.

5.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

5.4 WEITERE DISKUSSION

Keine Wortmeldungen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL
SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

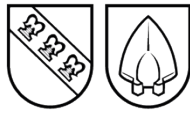
5.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG RPK	RESULTAT
573.5060.00	Ersatz Dekanter	600'000	Grossmehrheitliche Unterstützung



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

6. BERATUNG DER LAUFENDEN RECHNUNG DURCH DAS PLENUM

In Umsetzung der durch den Rat eingangs gutgeheissenen Vorgehensweise, wonach die Bearbeitungsreihenfolge nun die Beratung der übrigen Positionen der Laufenden Rechnung durch das Plenum vorsieht, leitet der Ratspräsident die entsprechende Detailberatung ein.

Dazu fragt er sämtliche Kontogruppen und Seite für Seite des gedruckten Voranschlags ab.

Wo einzelne Positionen in der folgenden Protokollierung nicht erwähnt werden, erging auch keine Diskussion bzw. keine Antragstellung. Die Positionen wurden in diesem Sinne stillschweigend genehmigt und werden im Folgenden nicht gesondert protokolliert oder abgebildet.

Gemeinderat Michael Käppeli, FDP, bringt seinen in Aussicht gestellten Antrag zur Detachierung eines Anteils der Parlamentsentschädigungen zu Gunsten der Entwicklungshilfeprojekte infolge Unzulässigkeit nicht zur weiteren Diskussion. Der Ratssekretär habe ihn in der Pause über die rechtliche Situation in Kenntnis gesetzt.

Gemeinderat Urs Gut, GP, liebäugelte mit dem Gedanken, die unter Kontoposition 950.4340.00 veranschlagten Gebührenerträge aus Eintrittsverkäufen beim Sportzentrum Effretikon zu reduzieren, habe sich aber nun dazu entschieden, einen dezidierten Vorstoss zur Sache einzureichen.

Nach vollendeter Beratung der Laufenden Rechnung ist über nachstehenden Antrag der Rechnungsprüfungskommission zu befinden. Dies ergibt sich aus der Tatsache, da die bisher beschlossenen Änderungen aus der Laufenden Rechnung Einfluss auf diese Position haben werden:

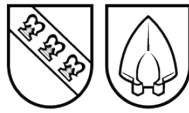
KONTOGRUPPE 200 FINANZEN **208 – ABSCHREIBUNGEN**

5.1 ANTRAG DER RECHNUNGSPRÜFUNGSKOMMISSION

Kommissionsreferent Andreas Hasler, GLP, vertritt den Antrag und begründet diesen auf Basis der bereits im Abschied kundgetaner Darlegung.

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ANTRAG STADTRAT	ANTRAG RPK
208.3320.00	Zusätzliche Abschreibung (degressiv) auf Verwaltungsvermögen	920'000	1'270'000

Da im Voranschlag 2017 mit einem Ertragsüberschuss zu rechnen ist, beantragt eine RPK-Mehrheit eine zusätzliche Abschreibung auf dem Verwaltungsvermögen im Umfange von einem Steuerprozent (1 Steuerprozent = ~ Fr. 350'000.-). Die zusätzliche Abschreibung soll je hälftig beim Alters- und beim Sportzentrum vorgenommen werden. Diese beiden Grossinvestitionen hat die heutige Stimmbevölkerung beschlossen. Mit der zusätzlichen Abschreibung soll entsprechend die nächste Generation im-



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

merhin etwas finanziell entlastet werden.

5.2 MITGLIEDER DES GROSSEN GEMEINDERATES ZUM ANTRAG DER RPK 5.2.1 GEMEINDERAT RENÉ TRUNINGER, SVP

Gemeinderat René Truninger, SVP, gibt namens der Kommissionminderheit bekannt, wonach diese die von der Kommissionmehrheit verfolgte Idee nach zusätzlichen Abschreibungen als nicht grundsätzlich verfehlt beurteile. Dennoch erachtet die FDP-Fraktion es als sinnvoller, den entstandenen Überschuss für eine Senkung des Steuerfusses herzugeben. Das stadträtliche Sparpaket habe sich in Tat und Wahrheit vielmehr als Gebührenerhöhungspaket demaskiert (erhöhte Park-, Wasser-, Betreuungs-, Eintrittsgebühren). Der Bevölkerung möge nun in Form einer Steuerminderung zumindest etwas Entlastung eingeräumt werden.

5.3 MITGLIEDER DES STADTRATES ZUM ANTRAG DER RPK

Keine Wortmeldungen.

5.4 WEITERE DISKUSSION 5.4.1 GEMEINDERAT MARKUS ANNAHEIM, SP

Gemeinderat Markus Annaheim, SP, beruft sich auf den zugebenermassen etwas abgegriffenen Ausdruck der Nachhaltigkeit; der Antrag auf zusätzliche Abschreibungen möge dem Gebot der Stunde nachzukommen und auch gegenüber den nachfolgenden Generationen in Wahrung eines verantwortungsvollen Handelns vertretbar sein.

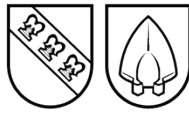
5.5 ABSTIMMUNG ZUM ANTRAG DER RPK

DER GROSSE GEMEINDERAT

– gestützt auf den Antrag der Rechnungsprüfungskommission –

BESCHLIESST:

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	OBSIEGEND: ANTRAG RPK	RESULTAT
208.3320.00	Zusätzliche Abschreibung (degressiv) auf Verwaltungsvermögen	1'270'000	Grossmehrheitliche Unterstützung



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

7. BERATUNG DER INVESTITIONSRECHNUNG DURCH DAS PLENUM

In Umsetzung des durch den Rat eingangs gutgeheissenen Vorgehens, wonach die Behandlungsreihenfolge nun die Beratung der übrigen Positionen der Investitionsrechnung durch das Plenum vorsieht, leitet der Ratspräsident die entsprechende Detailberatung ein.

Dazu fragt er sämtliche Kontogruppen und Seite für Seite des gedruckten Voranschlages ab.

Wo einzelne Positionen in der folgenden Protokollierung nicht erwähnt werden, erging auch keine Diskussion bzw. keine Antragstellung. Die Positionen wurden in diesem Sinne stillschweigend genehmigt und werden im Folgenden nicht gesondert protokolliert oder abgebildet.

Keine Wortmeldungen.

8. BERATUNG DER ABSCHREIBUNGSTABELLEN

Ausser der Bemerkung *des Ratspräsidenten*, wonach aufgrund der befolgten Beschlüsse sich nun auch das nachfolgende Zahlenmaterial entsprechend ändert, folgt keine weitere Diskussion zur Abschreibungstabelle.

9. BERATUNG DER VERPFLICHTUNGSKREDITKONTROLLE

Ausser der protokollarischen Bemerkung wonach in der Folge zuvor gefasster Beschlüsse redaktionelle Korrekturen vorzunehmen sind, folgt keine weitere Diskussion zur Kontrolle der Verpflichtungskredite.

10. ZWISCHENABSTIMMUNG ZUM VORANSCHLAG

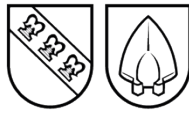
DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

Der Voranschlag 2017 wird unter Berücksichtigung sämtlicher vorstehend beschlossenen Änderungen gegenüber der beantragten Fassung des Stadtrates vom 6. Oktober 2016 genehmigt.

Der Beschluss kam mit einem grossmehrheitlichen Stimmenverhältnis zu Stande.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL

SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR.

2016-1659

BESCHLUSS-NR.

11 DISKUSSION ZUM STEUERFUSS

Namens der Rechnungsprüfungskommission gibt deren *Präsident, Michael Käppeli, FDP*, den hinlänglich kommunizierten Vorschlag zur Belassung des Steuerfusses auf 115 % der einfachen Staatssteuer bekannt.

11.1 VOTEN AUS DEM RAT ZUM STEUERFUSS

11.1.1 GEMEINDERAT RENÉ TRUNINGER, SVP

Gemeinderat René Truninger, SVP, hätte es als mutigeren Schritt empfunden, anstatt den Stadtrat in seiner Gremiumsgrösse zu reduzieren, das hier versammelte Wohlfühlparlament aufzulösen.

Die Parteien hätten nun ihr Nichteinhalten der anlässlich der Wahlen abgegebenen Versprechen ihren Stammlanden selbst zu erklären.

Das Parlament habe es verpasst, Reife zu zeigen; man vergebe sich eine Chance, den Steuerzahlenden gegenüber als Kompensation für erhöhte Gebühren etwas Wertschätzung zu zollen.

Da das Plenum nun bereits zusätzliche Abschreibungen beschlossen habe, zieht Gemeinderat Truninger den SVP-Fraktionsantrag, wonach der Steuerfuss um 1 % hätte gesenkt werden sollen, zurück.

11.1.2 GEMEINDERAT MICHAEL KÄPPELI, FDP

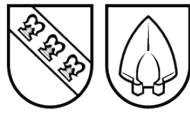
Gemeinderat Michael Käppeli, FDP, vertrete die Anliegen der FDP-Wählerinnen und Wähler hinsichtlich der städtischen Finanzpolitik; diese möge nicht unwidersprochen im Raum stehen gelassen werden. Gemeinderat Käppeli setze sich mit aller Kraft für einen pragmatischen, tragfähigen Umgang mit dem Finanzhaushalt ein.

11.1.3 GEMEINDERAT ADRIAN KINDLIMANN, SP

Gemeinderat Adrian Kindlimann, SP, spricht sich namens der angeschlossenen Fraktion für die Beibehaltung des Steuerfusses bei 115 % der einfachen Staatssteuer aus. Im Übrigen zeigt er sich bezüglich der kantonalen Finanzpolitik und den damit verbundenen Entscheiden von Kantonsparlament und Zürcher Regierungsrat enttäuscht und konsterniert.

11.1.4 GEMEINDERAT ANDREAS HASLER, GLP

Gemeinderat Andreas Hasler, GLP, möge trotz Ruhe vor dem Sturm den Steuerfuss im Sinne der Kontinuität auf bisherigem Niveau belassen. Zudem stimmen die Äusserungen von Gemeinderat Truninger bedenklich. Die Argumentationslinie vermöge nicht zu überzeugen; wie könne es sonst angehen, dass



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

zu Beginn des Abends mit eindringlichen Worten noch auf die prekäre finanzielle Situation hingewiesen und zum Schluss der Diskussionen dann gar eine Reduktion des Steuerfusses gefordert werde. Wer A sage, müsse halt eben auch B in seine Gedankenäusserungen miteinschliessen.

12 ZWISCHENABSTIMMUNG ZUR FESTSETZUNG DES STEUERFUSSES

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

Der Steuerfuss wird für das Jahr 2017 auf 115 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Der Beschluss kam mit einem grossmehrheitlichen Stimmenverhältnis zu Stande.

13 KENNTNISNAHME IAFP

Keine Diskussion.

14 ZWISCHENABSTIMMUNG ZUR KENNTNISNAHME DES IAFP

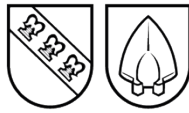
DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates und in Anwendung von § 26 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -

BESCHLIESST:

Vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2018/22 wird Kenntnis genommen.

Obenstehender Beschluss erfolgte mit einstimmigem Ergebnis.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

15 SCHLUSSABSTIMMUNG

DER GROSSE GEMEINDERAT

- gestützt auf den Antrag des Stadtrates (SRB-Nr. 2016-151 vom 6. Oktober 2016)
und in Kenntnis des Abschieds der Rechnungsprüfungskommission vom 28. November 2016
sowie in Anwendung von § 26 Ziffer 1 der Gemeindeordnung -
nach gewalteter Detailberatung

BESCHLIESST:

1. Der Voranschlag 2017 wird gegenüber der beantragten Fassung des Stadtrates vom 6. Oktober 2016 wie folgt verändert:

1.1 LAUFENDE RECHNUNG

<u>KONTO-NR.</u>	<u>BEZEICHNUNG</u>	<u>ALTER BETRAG</u>	<u>NEUER BETRAG</u>	<u>DIFFERENZ</u>
208.3310.00	Ordentliche Abschreibungen Verwaltungsvermögen	Fr. 8'334'000.-	Fr. 8'372'000.-	Fr. 38'000.-
208.3320.00	Zusätzliche Abschreibung (degressiv) auf Verwaltungsvermögen	Fr. 920'000.-	Fr. 1'270'000.-	Fr. 350'000.-
208.4930.00	Verrechnung ordentliche Abschreibung Spezialfinanzierung	Fr. -1'878'000.-	Fr. -1'938'000.-	Fr. -60'000.-
420.3140.70	Baulicher Unterhalt Alterszentrum (AZB)	Fr. 175'000.-	Fr. 195'000.-	Fr. 20'000.-
420.4270.70	Mietzins AZB	Fr. -2'600'000.-	Fr. -2'754'000.-	Fr. -154'000.-
420.4270.71	Mietzins AZB Dritte	Fr. -19'000.-	Fr. 0.-	Fr. 19'000.-
420.3520.10	Kostenanteil Lindau AZB	Fr. 412'000.-	Fr. 434'000.-	Fr. 22'000.-
628.3182.00	Bekämpfung Sozialmissbrauch	Fr. 5'000.-	Fr. 10'000.-	Fr. 5'000.-
814.3114.00	Anschaffung Parkuhren Eselriet	Fr. 45'000.-	Fr. 0.-	Fr. -45'000.-
Veränderung Laufende Rechnung				Fr. 195'000.-



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

1.2 INVESTITIONSRECHNUNG

KONTO-NR.	BEZEICHNUNG	ALTER BETRAG	NEUER BETRAG	DIFFERENZ
420.5031.52	Werkhof Sofortmassnahmen	Fr. 75'000.-	Fr. 0.-	Fr. -75'000.-
571.5011.01	Versickerungsbecken Schoren	Fr. 2'000'000.-	Fr. 1'400'000.-	Fr. -600'000.-
573.5060.00	Ersatz Dekanter	Fr. 0.-	Fr. 300'000.-	Fr. 300'000.-
571.5011.45	Ersatz Meteor Kanal Brüttenerstrasse, Effretikon	Fr. 0.-	Fr. 600'000.-	Fr. 600'000.-
816.5060.40	Ersatz Oel-/Wasserfahrzeug	Fr. 135'000.-	Fr. 0.-	Fr. -135'000.-
816.6690.30	Investitionsbeitrag Oel-/Wasserfahrzeug	Fr. -60'000.-	Fr. 0.-	Fr. 60'000.-
Veränderung Investitionsrechnung				Fr. 150'000.-
Veränderung Total				Fr. 345'000.-

1.3 Konto-Nr. 420.5060.10, Verpflichtungskreditkontrolle, Stadthaus, Gebäudesteuerung Technik, Planungskredit Fr. 50'000.-, wird mit einem Sperrvermerk versehen.

2.1 Unter Berücksichtigung der unter Ziffer 1 dieses Beschlusses genannten Veränderungen ergeht somit der Voranschlag 2017. Die Aufwendungen und Erträge in der Laufenden Rechnung sowie die Investitionsrechnung des Verwaltungs- und Finanzvermögens weisen folgende Zahlen aus:

- Laufende Rechnung	Aufwand	Fr.	111'376'200.-
	Ertrag	Fr.	111'559'800.-
- Investitionsrechnung Verwaltungsvermögen	Ausgaben	Fr.	20'575'000.-
	Einnahmen	Fr.	808'300.-
- Investitionsrechnung Finanzvermögen	Ausgaben	Fr.	0.-
	Einnahmen	Fr.	180'000.-

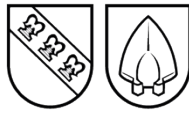
2.2 Der Voranschlag 2017 gemäss Ziffer 2.1 wird genehmigt.

3. Der Steuerfuss wird für das Jahr 2017 auf 115 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

4. Der Ertragsüberschuss der Laufenden Rechnung von Fr. 183'600.- wird dem Eigenkapital gutgeschrieben.

5. Gemäss § 8 Ziffer 2 der Gemeindeordnung ist gegen diesen Beschluss das Referendum ausgeschlossen.

6. Vom Integrierten Aufgaben- und Finanzplan (IAFP) 2018-2022 sowie vom finanziellen Führungsinstrument Cockpit wird Kenntnis genommen.



AUSZUG AUS DEM PROTOKOLL SITZUNG VOM 14. DEZEMBER 2016

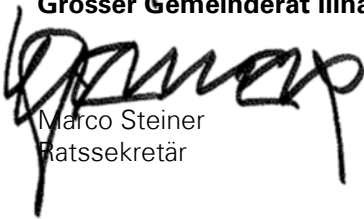
GESCH.-NR. 2016-1659
BESCHLUSS-NR.

7. Mitteilung durch Protokollauszug an:
- a. Stadtrat, zweifach
 - b. Abteilung Finanzen, dreifach
 - c. Rechnungsprüfungskommission / via Newsletter
 - d. sämtliche Mitglieder des Grossen Gemeinderates und die abonnierten Empfänger/innen der Geschäftsunterlagen / via Newsletter
 - e. sämtliche Ressortvorstehende des Stadtrates
 - f. sämtliche Abteilungsleitungen der Stadtverwaltung
 - g. das Ratssekretariat, dreifach

Obgenannter Beschluss zur Schlussabstimmung kam mit Einstimmigkeit zu Stande.

Für getreuen Auszug aus dem Protokoll

Grosser Gemeinderat Illnau-Effretikon



Marco Steiner
Ratssekretär

Versandt am: 15.12.2016
ms